

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918 26 (1912)

136 (14.6.1912)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-549904](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-549904)

Norddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werktätigen Volkes.

Redaktion und Haupt-Expedition Peterstraße 20/22. Fernsprech-Anschluß Nr. 58, Amt Wilhelmshaven. — Filiale: Blumenstraße 24, Fernsprecher 530.

Das Norddeutsche Volksblatt erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und gesetzlichen Feiertagen. — Abonnementspreis bei Vorausbezahlung für einen Monat einschließlich Briefporto 75 Pfg., bei Selbstabholung von der Expedition 65 Pfg., durch die Post bezogen vierteljährlich 2,25 Mk., für zwei Monate 1,50 Mk., monatlich 75 Pfg., einschließlich Briefporto.

Mit Unterhaltungsbeilage.

Bei den Inseraten wird die leistungsfähigste Zeitungs- oder deren Raum für die Inserenten in Kürtlingen-Blattmengen und Umfang, sowie der Filialen mit 15 Pfenig berechnet, für sonstige ausserordentliche Inserenten 20 Pfenig; bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Größere Anzeigen werden tags vorher erbeten. — Preisbestimmungen unveränderlich. — Telegramm-Nr. 50 Pfg.

26. Jahrgang.

Kürtlingen, Freitag den 14. Juni 1912.

Nr. 156.

Der Seemann.

Ueber die wirtschaftliche, soziale und rechtliche Lage der Seeleute befinden sich im letzten erschienenen Jahrbuch 1911 des Deutschen Transportarbeiterverbandes u. a. folgende Ausführungen: Das heutige Leben des deutschen Seemanns ist arm an Freuden und reich an Entbehrungen aller Art. Entbehrungen an normalen menschlichen Wohlleben, die weit über die alltäglichen Entbehrungen anderer Proletarier in menschlichen und beruflichen Leben hinausreichen und deren Ursachen grundtiefen sind. Teilweise hängen sie mit den Eigenarten des Schiffsverkehrs, teilweise auch mit den Schwierigkeiten des seemannischen Berufes an sich zusammen. Die fortgeschrittene Technik, wie überhaupt die nimmermüde Modernisierung des deutschen Schiffsverkehrs hat das Los des deutschen Seemanns keineswegs erleichtert, eher noch erschwert und unerträglicher gestaltet; schon infolge der ständig steigenden Last, mit der der heutige Dampfschiffsverkehr vor sich geht, und der enormen Intensität, mit der die Verrichtung des Borddienstes sich heute abwickelt, einer Intensität, die sich fast automatisch steigern muß durch die heutige Schwäche und immer schwächer werdende Bemanning der Dampf- und Segelschiffe unserer deutschen Handelsmarine. Hier beginnt schon die schonungslose Ausbeutung des Seemanns und seiner Arbeitskraft; das Grundübel im Seemannsberuf offenbart sich hier am deutlichsten.

In jeder Hinsicht gestaltet sich ohnedies die seemannische Lebenslage im umgekehrten Verhältnis zur allgemeinen Entwicklung der deutschen Handelsflotte und der hohen sozialen und ziffermäßigen Bedeutung der deutschen Seemannschaft. Mit 4675 größeren Schiffen mit 2.903.670 Reg.-Tons Raumbesatz und 73.993 Mann Besatzung nimmt Deutschlands Handelsflotte eine dominierende Stellung innerhalb der Welt Handelsflotte ein, die 1911 insgesamt 30.087 Seeschiffe mit 43.147.154 Reg.-Tons Raumbesatz umfaßt. Die Arbeiterschaft eines so wichtigen Zweiges unserer Weltwirtschaft und unseres Weltverkehrs stellt einen sozial bedeutsamen, Gewinn und Werte schaffenden Faktor dar; man glaubt aber heute die wirtschaftliche Lage der Seeleute noch nicht respektieren zu brauchen und nicht die Seeleute man bei jedem Einfluß aus; nimmt doch in Deutschland Regierung und Parlament eine Verantwortung, den Seeleuten als politischen Wählern ihre Stimmabgabe zu ermöglichen, auch wenn sie sich am Wahltag auf der Reise befinden, wie dies in anderen Seeländern geschieht. Ueberhaupt werden in jeder Hinsicht die deutschen Seeleute auf sozialen wie rechtlichem Gebiete nicht nur von den Reedern, sondern auch von der Gesetzgebung unverständlicherweise als Zielkreis behandelt und zurückgesetzt. Diese Tatsache mag unerklärlich erscheinen, zumal sie angeblich in einem fortgeschrittenen Zeitalter leben; sie ist aber zurückzuführen auf den Umstand, daß man heute nicht nur in Reederei, sondern selbst in offiziellen Kreisen im Seemann nur einen Fremden erblickt, der zum Adressatengenerator verpflanzt sei, und wie der Refrut fahnenmäßig behandelt werden müsse.

Aus seinem neuen Verlangen und Streben ergeben sich die sozialen und sozialpolitischen Aufgaben unseres wirtschaftlichen und politischen Kampfes im Interesse der deutschen Seeleute. Wir bedürfen uns in diesem Kampfe der gesellschaftlichen und parlamentarischen Kampfmittel, im Gegensatz zu einem Teil der ausländischen Seemannsbewegung, wo man die parlamentarische Aktion verzichtet und sich auf die direkte Aktion als Mittel stützt.

Die heutige wirtschaftliche, soziale und rechtliche Lage der deutschen Seeleute entspricht in gar keiner Beziehung unseren Verhältnissen und Ansprüchen der Gegenwart. Hier stand die Entwicklung wirklich still, oder hielt nicht gleichen Schritt mit der ganzen modernen Entwicklung und namentlich nicht mit unserem sozialen und rechtlichen Empfinden. Die beruflichen Leistungen, Gefahren und Opfer des seemannischen Arbeiters werden unterschätzt — bezw. zu gering eingeschätzt. Gatten wir 1888 insgesamt 854 Unfälle mit 654 Verletzungen und 200 Todesfällen in der deutschen Seeschifffahrt, so sind diese Ziffern 1910 auf 3397 Unfälle, 3026 Verletzungen und 371 Todesfälle angewachsen. Von 1888 bis 1910 registrieren wir insgesamt 59.917 Unfälle mit 50.402 Verletzungen und 9515 Todesfällen. Das sind die seemannischen Opfer an Leben und Gesundheit auf dem Schiffsfelde der Arbeit, im Frontdienst der Reederei.

Um den seemannischen Arbeitern die Möglichkeit der wirtschaftlichen Selbsthilfe durch die Organisation zu geben, um allen Schikanierungen ihrer Organisation und allen Schwierigkeiten, denen die seemannischen Arbeiter in dem Bestreben, ihre Lebenslage durch Selbsthilfe in der Organisation zu erheben, eventuell ausgesetzt sind, vorzubeugen, hatten wir die gesetzliche Anerkennung des Koalitions-

rechtes für die seemannischen Arbeiter als eine zwingende Notwendigkeit und die Verweigerung dieses Rechtes als bitteres Unrecht.

Wir halten es für eine unumgängliche Pflicht der einzelnen Landesregierungen bezw. der Reichsregierung und ihrer unteren Verwaltungsbehörden, bei allen Erhebungen und Umfragen auch die seemannischen Arbeiter, als deren alleinige Interessenvertretung unser Verband zu betrachten ist, zu berücksichtigen, d. h. um ihre Meinung zu betragen, ihre Vorschläge offiziell einzuordnen und zu erörtern.

Arbeitszeiten von 14 bis 18 Stunden gehören noch heute im Seemannsberuf nicht zu den Seltenheiten, obwohl die Seemannsordnung eine solche von 10 resp. 8 Stunden (Tropen) vorschreibt. Geradezu brutalwillkürlich wird in der Berechnung und Bezahlung der Ueberstundenarbeit vorgegangen, obwohl der Ueberstundenlohn sich höchstens auf 40 Pfenig, d. h. um mindestens 25 bis 30 Prozent zu niedrig beläuft. Sind die Seemanns dank des Einflusses der Organisation in Laufe der letzten 15 Jahre auch um 25 bis 30 Prozent gestiegen, wird auch die früher ständige Schwankung in der Höhe der Gewerliche vermindert, so ist doch noch keine Gleichheit in ihrer Höhe, selbst im Kreise der einzelnen Chargenangehörigen, zu verzeichnen gewesen. Auch sind die Seemanns selbst entschlossen zu niedrig.

Im günstigsten Falle bringt es heute ein Seizer im Nordseegebiet — einschließlich Kostwert und Ueberstundenlohn — auf ein Jahreseinkommen von 1400 bis 1450 Mark, ein Matrose auf ein Jahreseinkommen von 1000 bis 1050 Mark. Im Ostseegebiet bringen es Seizer und Matrosen auf ein Jahreseinkommen von 900 bis 1000 Mark. Länger als neun bis zehn Monate im Jahre hat heute selten ein deutscher Seemann Fahrzeit, d. h. Verdienstmöglichkeit.

Zeitweilig die berufsgenossenschaftlichen Nachweise reichen, geht das heutige Einkommen der Seeleute, namentlich der Seizer, durchaus nicht konform mit der Gestaltung der allgemeinen Wirtschaftslage. Für sämtliche berufsgenossenschaftlich Versicherten liegt der Jahresdurchschnittslohn eines Vollarbeiters von 1027 Mark im Jahre 1906 auf 1108 Mark im Jahre 1910, dagegen hob sich für die in der Seeberufsgenossenschaft Versicherten der Jahreslohn in derselben Zeit nur von 1021 auf 1047 Mark. Bleibt schon die Steigerung im Gesamtdurchschnitt für alle gewerblichen Berufsgenossenschaften mit rund 81 Mark hinter der Verteuerung der Lebenshaltung zurück, so gilt das in viel höherem Maße von den Seeleuten, für welche die Steigerung ja nur 26 Mark ausmacht. Ihre Steuer ist zudem, auch absolut betrachtet, viel zu niedrig.

Ein Jahreseinkommen — einschließlich Kost und Ueberstundenlohn — von 1800 bis 2000 Mark sollte heute für Seizer und Matrosen im Nord- und Ostseegebiet bei 9 bis 11 Monaten Fahrzeit das Mindesteinkommen sein.

Obwohl die gewerkschaftlichen Feuerboote namentlich in den größeren Hafenorten immer mehr und mehr zurückgedrängt werden, bestehen doch auf dem Gebiete des Anbenerungsweffens nach wie vor horrende Mißstände, namentlich bei den Feuerbureaus der Reederei. Hier herrscht eine geradezu schamlose Willkür der Bureaubeamteten vor und außerdem treibt das System der Legitimationsarten und der schwarzen Listen recht üble Blüten. Eine paritätische Verwaltung der Feuerbureaus allein kann hier nur Wandel schaffen.

Ueber die Möglichkeit der Anerkennung der seemannischen Forderungen können Zweifel nicht bestehen. Die Deutsche Schifffahrt steht im Zeichen der Hochkonjunktur. Alle deutschen Reedereien haben sowohl 1910 als auch 1911 mit respektablem Gewinn abgeschlossen und Dividenden von 5 bis 16 Prozent an ihre Aktionäre ausgeschüttet. Daneben reichliche Abfregungen und Ueberweisungen. Die deutsche Reederei hat sich der ausländischen Konkurrenz gegenüber nicht nur glänzend behauptet, sondern sie hat sie noch teilweise überholt. Also von einer räumlichen Wirkung der schier unerträglich hohen Kosten der sozialen Fürsorge kann absolut keine Rede sein. Wenn das deutsche Reedertum will, kann es also sehr wohl die berechtigten Forderungen der Seeleute anerkennen. Tarifverträge und Gesetzgebung bieten die Form für die Anerkennung.

Politische Rundschau.

Kürtlingen, 13. Juni.

Der Hanfband.

Der Gesamtausschuß des Hanfbundes trat Mittwoch vormittag im Rangenbauhaus zu Berlin zu seiner dritten Tagung zusammen. 150 Vorstands- und Ausschussmitglieder aus allen Teilen des Reiches waren versammelt. Geheimrat Prof. Dr. Kießer eröffnete die Versammlung und

gab einen Bericht über die Reichstagswahlen. Der Agrardemagogie des Bundes der Landwirte habe der Hanfbund eine geradezu vernichtende Leistung für ihren Uebermut gegeben. 56 Mitglieder des Reichstages seien Mitglieder des Hanfbundes und 33 seien auf seinen Boden. Der Bund verfüge also über 89 Abgeordnete, die seine Ziele zu den ihrigen machen. Weiter betonte Kießer, daß im Reichstage die Mehrheit für extrem-agrarische Forderungen bestimmet worden sei. Der Hanfbund habe unverzüglich an seinen früheren Beisitzern fest: er unterstütze nicht Parteien, sondern einzelne Kandidaten, die sich zur Vertretung der Forderungen aller Reichstagsmitglieder bekennen. Darum zähle er im Reichstage neben Nationalliberalen und Fortschrittlichen auch Freikonservative zu seinen Anhängern. Es sei unweigerlich — so glaubte Kießer besonders hervorheben zu müssen — daß der Bund aus Sozialistenfreunden bestehe. Gerade die, die diese Beschuldigung erheben, hätten durch Stimmenthaltung indirekt die Sozialdemokratie gefördert. Hätte der Hanfbund dieselbe Taktik befolgt, so hätte statt 110 sicherlich 160 Sozialdemokraten im Reichstage. — Nach der Eröffnungsrede Kießers erhaltete Assessor Dr. Kleefeld den Geschäftsbericht, nach welchem der Bund im Juni 1912 aus 67 Landesprovinzial- und Bezirksgruppen, 643 Ortsgruppen, 1000 Vertrauensmännern, 823 angegliederten Vereinen und Verbänden bestand. Das Direktorium des Hanfbundes besteht zurzeit aus 64 Mitgliedern, der Gesamtausschuß aus 420 Mitgliedern.

Nach der Berichterstattung wurden die Richtlinien des Hanfbundes, die in neuer Fassung vorliegen, besprochen. In diesen Richtlinien wird wiederum betont, daß der moderne Staat nur gedeihen kann, wenn der Grundloß der Gleichberechtigung aller Erwerbstätigen, insbesondere Gewerbe, Handel, Industrie und Landwirtschaft, den leitenden Gedanken und die unverrückbare Grundlage aus seiner Wirtschaftspolitik bildet. Einzelne Redner trafen dann zu den Richtlinien vom Standpunkt der Industrie, der Exportinteressen, des Detailhandels, des Handwerks und der Angestellten. — Herr v. Kisthoffs wies insbesondere auf den Rufus der neuen Richtlinien hin, der sich mit dem Schutz der Arbeitswilligen beschäftigt. In diesen Bestimmungen werde man vielleicht eine bestimmte Stellungnahme vermissen, in welcher Weise dieser Schutz bestimmet werden soll. Von einer solchen Stellungnahme habe das Direktorium des Hanfbundes bei Festsetzung der neuen Leitlinie noch Abstand genommen, und zwar aus dem Grunde, weil gegenwärtig noch den Ortsgruppen eine Beschlußfassung darüber überlassen ist, ob sie vielleicht eine andere Stellung einnehmen wollen. Es sei deshalb beschlossen worden, in einer späteren Sitzung des Direktoriums einen endgültigen Beschluß zu fassen. — Nach einem Schlußwort des Präsidenten Dr. Kießer wurden die vom Präsidium und Direktorium festgelegten Richtlinien ohne Widerspruch angenommen. Weiter teilte der Präsident mit, daß das Direktorium beschlossen habe, nicht nur einen Hanf-Tag, sondern eine Hanf-Woche zu veranstalten, d. h. eine Zusammenkunft aller dem Hanfbund angegliederten Organisationen des Mittelhandels, anschließend an den Hanftag, der Ende Oktober oder Anfang November stattfinden soll. Nach den üblichen Tantes- und Schlußworten hatte die Versammlung ihr Ende erreicht.

Deutsches Reich.

Zur Spaltung im nationalliberalen Lager. Der nationalliberale Reichsverband ist unterm 11. Juni d. J. mit einem eigenen Organ, der „Nationalliberalen Reichsmitteleitung“, an die Öffentlichkeit getreten. In dieser Korrespondenz heißt es: „Obst es denn für die Entwicklung der Partei gar keine Beweise? War denn zummindest die Befürchtung einer solchen so ungerathen? Wir wollen abfichtlich keine weiteren Beweise erheben. Spricht aber nicht die Unterwerfung von manchen Reichstagskandidaten unter die sozialdemokratischen Stimmabstimmungen, sprechen die Vorgänge bei der Präsidentenwahl hier nicht eine deutliche, eine zu deutliche Sprache? — In einem besonderen Artikel wird den Jungliberalen der Zeit gelesen.

Ueber eine neue nationalliberale Sonderorganisation berichtet die „Nationalist.“ aus Mainz. Im Anschluß an die letzte Sitzung des Bundesausschusses der nationallib. Landespartei, die damit endete, daß die Delegierten der Kreise Alfeld-Rauterbach, Mainz-Cuppenheim und des Oberrheins unter Protest den Saal verließen, habe zwischen Vertretern verschiedener bestlicher Wahlkreise und nationalliberalen bestlichen Vereinen eine Reihe von Besprechungen stattgefunden. Man kam zu dem Entschluß, eine freie Vereinigung bestlicher Nationalliberaler zu gründen, die durch Anstellung eines Geschäftsführers und Herausgabe einer Korrespondenz als Finanz- und Arbeitsgemeinschaft organi-

Werk werden soll. Die Begründer wollen der Politik der Reichstagsfraktion und ihres Führers Vosermann in Gelsen eine feste Grundlage schaffen.

Der nächste Landtag wird am 13. Juni zu seiner letzten Sitzung zusammentreten. In einigen Monaten finden dann die Neuwahlen statt. Für ihren Ausfall wird das Ergebnis dieser letzten Sitzung nicht ohne Bedeutung sein, da eine für das Bündnis außerordentlich wichtige Vorlage der Verfassung vorliegt: die Dominalverträge, die das materielle Verhältnis zwischen dem Staate und dem Fürsten neu geregelt werden soll. Ein Ausblick hat wochenlang mit den Vertretern des fürstlichen Haus- und Grundbesitzes zusammengelesen, damit eine einwandfreie Zusammenstellung der Rechnungsergebnisse aus der Dominalverwaltung zustande komme. Bisher ging eben die Dominalvermehrung mit ihren häuslichen Angelegenheiten sehr geheimnisvoll um, und es trug sich auch jetzt noch, ob der Ausblick des Landtages vielfach Gelegenheit gehabt hat, hinter alle Kulissen zu blicken.

Die Kommunal-Wahlrechtsfrage in Schleswig-Volstein. Die Frage der Gestaltang des Kommunalwahlrechts macht dem schleswig-holsteinischen Bürgertum größeren Kummer. Schon seit Jahren wird in den einzelnen bürgerlichen Kommunalvereinen hin und her erwogen, welche Vorhänge geeignet seien, die drohende sozialdemokratische Gefahr abzuwenden, ohne an den Grundlagen der schleswig-holsteinischen Städteordnung zu rütteln. Auch die obste Sitzung des Verbandes schleswig-holsteinischer Bürgervereine, die am Sonnabend und Sonntag in Glüsford tagte, beschäftigte sich mit der Wahlrechtsfrage. Nach Ablehnung eines Vorschlages, der auf die Einführung einer Dreifachwahl — noch realer in der Sache als die altpreussische — hinauslief, beschloß der Verband, sich für folgende Änderungen auszusprechen: Einführung der geheimen Stimmabgabe (damit soll dem angeblichen sozialdemokratischen Terrorismus bei der Stimmabgabe entgegengetreten werden) und der Stichwahl. Erhöhung des Wahlalters von 22 auf 25 Jahre und der Erstwahlgängigkeitdauer von einem Jahre auf zwei Jahre. Damit heißt das Bürgertum, vorläufig noch den sozialdemokratischen Sturm abzuwehren zu können.

Die Wirkungen des Einfuhrzollens. Die Getreide- und auch die Vetrepreise sind in der letzten Zeit wieder ganz erheblich gestiegen. Es herrscht starker Getreidemangel, und das ist im Wesentlichen eine Folge des Einfuhrzollens, das den Getreideexport künstlich steigert. In der „Allgemeinen Deutschen Wahlen-Zeitung“ erörtert ein ostpreussischer Müller die Wirkungen des Einfuhrzollens; was dieser beteiligte Hofmann über die Schäden dieser agrarischen Liebesgabe sagt, ist zwar allgemein bekannt, aber nicht oft genug genannt werden, in welcher gewissermaßen die Interessen der Allgemeinheit über einen kleinen Gruppe von Agrar- und Getreideexporteuren aufgespielt werden. Der Umstand, daß den Getreideexporteuren 100 Mark pro Tonne ausgeführten Getreides aus der Staatskasse oder vielmehr aus den Taschen derselben Steuerzahler vergütet werden, denen durch das Einfuhrzollensystem die notwendigen Nahrungsmittel verteuert werden, hat zur Folge, daß beispielsweise in Mecklenburg und Dänemark deutscher Roggen billiger gekauft werden kann, als in Deutschland die geringste unverzollte Futtergerste. An der russisch-polnisch-deutschen Grenze kostet der Roggen verzollt 190 Mark pro Tonne. Die an der Grenze auf russischer Seite gegründete Mühlensubstanz besteht dieselben Roggen mit 140 Mark pro Tonne und sendet die gemessene Meie, die unverzollt nach Deutschland einbeht, zurück. Sie ist dafür pro Tonne 135—140 Mark, jedoch sie in der Lage ist, das feinste Wehl in Mecklenburg zu dem Preise zu verkaufen, die man in Deutschland für Futter bezahlen muß. Von einigen Seiten wird behauptet, es bestehe ein ausgleichender Getreideausgleich. Wie verbittet es sich damit? Wir erwarten z. B. Roggen aus Ostpreußen, dafür vergütet der Staat 50 Mark pro Tonne. Dagegen importieren wir Gerste, die 13 Mark Zoll kostet. Feinster Roggen kostet nun unverzollt 140 Mark an der Grenze und geringe Futtergerste 165—175 Mark pro Tonne. Es ist die höchste Zeit, daß einem Zustand ein Ende gemacht wird, der zugunsten einer kleinen Gruppe den Kerneisten der Armen das Brot verteuert, der Industrie und den Arbeitern Arbeit entzieht. Und das alles mit Hilfe des Geldes, das die Arbeiter durch ihre Steuern aufbringen.

Deisterreich-Ungarn.

Die Demonstrationen. Das offizielle Depeschenbureau meldete in letzter Zeit über die Vorgänge in Ungarn sehr wenig, und seit Rittschoch verlagte es gänzlich, obgleich die Wogen der Empörung in Ungarn hochgehen. Offenbar sind höhere Mächte im Spiel, welchen die Demonstrationen in Ungarn höchst unangenehm sind, und die daher ein Interesse an der Unterdrückung der Meldungen haben. Uns wird berichtet: Dienstag Abend wurden in vielen Städten Demonstrationsveranstaltungen abgehalten. Die scharfe Stellung gegen die Regierung nahmen und in welchen auch eine republikanische Propaganda nicht fehlte. An die starkbeludeten Versammlungen schlossen sich Demonstrationen durch die Straßen. In den angenommenen Resolutionen wird das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht gefordert und gegen das schändliche Vorgehen in Budapest flammender Protest erhoben. Gleichzeitig wurde in Budapest erklärt, daß die Streifbewegung größere Ausdehnung annehmen werde, wenn die Regierung die Wahlrechtsfrage nicht in kürzester Frist im Reichstages auf die Tagesordnung setzt. In Lemberg sind die Gesetze noch immer geschlossen und der Streifenbahnverkehr stockt. Hier nahmen am Mittwoch die Streifenbahn Arbeiter wieder auf. — In Szabolcs kam es Dienstag Abend zu Zusammenstößen mit der Polizei. Revolverkugeln fielen auf beiden Seiten. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen. — In Aradens demonstrierte die empörte Menge das Haus des Präsidenten der Regierungspartei. Etwa 20 Personen wurden verhaftet. — In anderen Orten verliefen die Verhandlungen ohne wesentliche Vorkommnisse. — In einer Konferenz der opposi-

tionellen Parteien wurde beschloffen, den schärfsten Kampf weiterzuführen, bis der vor dem 4. Juni vorhandene Stand der Dinge wieder hergestellt ist. Friedensverhandlungen seien unter dem gegenwärtigen Präsidium ausgeschlossen. Nach Überwindung der Verhinderung wurde die Internationale und das Sozialrecht gelungen.

Der gelehrte von Kaiser in Wien empfangene Tissa und die beiden Reichspräsidenten begaben sich am Nachmittag nach Budapest zurück. Unmittelbar vor der Abreise, um 2 Uhr nachmittags, ließ Präsident Graf Tissa den Vertretern der Presse ein Manuskript überreichen, das den zusammenfassenden Inhalt der Verhandlungen enthielt, die der Kaiser den Mitgliedern des Präsidiums gegenüber getan hat. Das Manuskript hat folgenden Wortlaut: „Der Kaiser brühte in seiner Antwort auf die Vorstellungen des Präsidiums seine Hochachtung für die Selbstaufopferung und den moralischen Mut aus, der seitens des Präsidiums bekundet wurde. Der Kaiser äußerte die Hoffnung, daß diese Haltung des Präsidiums den Lohn in der künftig geliebten Arbeitsfähigkeit des Abgeordnetenhauses und darin finden werde, daß sich dessen Arbeiten vermehren werde.“ — Wir glauben jedoch, das unter dem Schutz der Wiener Regierung das „Ansehen“ der ungarischen parlamentarischen Souveränität sich noch steigern wird.

Finnland.

Der Gewerkschafts-Kongress. Im „Volkshaus“ zu Helsinki tagte dieser Kongress der Landesorganisation der Gewerkschaften Finnlands. Wir entnehmen den Verhandlungen folgende tatsächliche Angaben: Die Landesorganisation, die Zentrale der finnischen Gewerkschaftsbewegung, zählt bereits vor einigen Jahren rund 25 000 Mitglieder in den angeschlossenen Verbänden. Jetzt sind es ungefähr 23 000 Mitglieder. Die verhältnismäßig große Freiheit, der das finnische Volk sich nach den Ereignissen von 1905 teilweise erkaufen konnte, hatte auch einen starken Aufschwung der Gewerkschaftsbewegung zur Folge. Aber die russische Anwesenheit genaug wieder die Oberhand, dazu kamen schwere und ökonomische Rückschläge nicht zu dem gemäßen Erfolg führen konnten, und das alles trug dazu bei, daß ein Rückgang in der Gewerkschaftsbewegung eintrat. Gegenwärtig macht sich jedoch schon wieder ein Aufstieg bemerkbar, obwohl die gesamte Arbeiterbewegung mit einem unangelegenen System der Unterdrückung und Verfolgung zu kämpfen hat. An dem Kongress nahmen 185 Delegierte teil, und außerdem waren Vertreter der gewerkschaftlichen Landeszentralen von Schweden, Norwegen und Dänemark erschienen. Aus dem Verhandlungsbericht war zu entnehmen, daß die angeschlossenen Gewerkschaften im Jahre 1911 im ganzen 517 279,56 finnische Mark (1 finnische Mark = 0,81 Mk.) Einnahmen hatten, denen 621 071,61 Mk. Ausgaben gegenüberstehen. Von den Ausgaben kommen 368 568 Mark auf Streifenunterstützung. Die Landesorganisation der Gewerkschaften unterstützt die Lohnkämpfe des verlassenen Jahres mit 120 800 Mark. Der größte Kampf war der der Buchdrucker. Er erforderte allein 350 000 Mark an Unterstützung, und davon wurden 89 240 Mark durch die Landesorganisation aufgebracht. 128 422 Mark kamen vom Auslande und das übrige wurde durch den Typographenverband selbst gedeckt. Arbeitslosenunterstützung wird nur in fünf Verbänden gezahlt und sie machte im Jahre 1911 51 948 Mark aus. Die Landesorganisation veranlaßt gemeinsam mit der Partei unter anderem auch sozialistische Vorlesungskurse. Ein solcher Kursus wird alljährlich gehalten, und dazu kommen Arbeiter aus dem ganzen Lande nach der Hauptstadt. Im letzten Jahre war die Zahl der Teilnehmer 58. Die Kosten werden von der Partei und den Gewerkschaften gemeinsam gedeckt, so daß den Teilnehmern keine Unkosten erwachsen. Veschlüsse von weittragender Bedeutung wurden nicht gefaßt.

Politische Notizen. Bei der letzten Wahlmännerwahl zum Reichstag lagte im 8. Bezirk Orelau die sozialistische Liste. Die Wahl von der Kreis nationalratrat vertreten. Die nationalistische Zusammenlegung des neuen Landtages dürfte drei Nationalräte, drei Freiwähler, vier Agrarier und einen Sozialdemokraten umfassen. — In der Spandauer Spionageaffäre fand eine Verhandlung statt. — Fast sämtliche großen Parteien des Reichstages Abgeordnetenhaus haben sich für die von der Regierung vorgeschlagene beschleunigte Beratung der Wahlen ausgesprochen. — Die französische Kammer hat für die Feier des 200-jährigen Geburtstages Jean Jacques Rousseaus einen außerordentlichen Anleihe von 20 000 Francs bewilligt. — Nach einem Telegramm des „Berath“ aus Washington hat Admiral Cerveras berichtet, daß die Lage auf Cuba drohend ist und sein Verbleib in Havana ungewissem ist. — Bei der Cafe Bonair fand eine blutige Schlacht zwischen Zären und Sozialisten statt.

Parteinachrichten.

Die Parteibewegung in Sachsen-Altenburg. Der Landesparteitag für das Herzogtum Sachsen-Altenburg wird am 22. und 23. Juni d. J. in Schmolln stattfinden. Aus dem Jahresbericht des Landesverbandes entnehmen wir folgenden: Die Zahl der Parteimitglieder stieg in der Zeit vom 1. April 1911 bis 1. April 1912 von 5793 auf 6719. Weibliche Mitglieder sind 893 vorhanden (69 mehr als im Vorjahr). — Die Zahl der Parteivereine stieg von 36 auf 40. — Gewerkschaftlich organisierte Arbeiter gibt es im Herzogtum 20 359, von denen aber leider nur 6643 politisch organisiert sind, gegen 6021 Parteimitglieder, die den Gewerkschaften angehören. Am Landtage sitzen 7 Sozialdemokraten unter 32 Vertretern der Gesamttheit. Bis auf ein rein ländliches Mandat, das natürlich nicht zu erobern ist, ist die ganze dritte Abteilung in sozialdemokratischem Besitz. — In den Gemeindevertretungen hat 177 Genossen tätig gegen 154 im Vorjahr. Die Parteibewegung machte so erfreuliche Fortschritte, daß die Regierung und der Landtag zu ihrer Bekämpfung 10 000 Mark aus Staatsmitteln unter dem Titel „Für Jugendfürsorge“ auswirft. — Mit Rücksicht auf die Wahlbewegung trat die Förderung der Bildungsvereinigungen etwas zurück. Es wurden fünf Unterrichtsfilme abgehalten. Für

Bildungszwecke wurden 731 Mark ausgegeben. Bibliotheken bestehen in 14 Orten.

Die „Altenburger Volkszeitung“ hat im Berichtsjahre ihren Abonnentenstand von 7345 auf rund 9000 erhöht. Die Einnahmen der Volkszeitung betragen 15 167 Mark an Abonnenten- und 36 023 Mark an Inserateneinnahmen; gegen das Vorjahr 10 289 Mark mehr. Die Ausgaben stiegen in entsprechender Weise von 78 469 auf 88 809 Mark. Bis jetzt wird die Volkszeitung in der Druckerei der „Leipziger Volkszeitung“ hergestellt. Geplant ist, ein selbständiges Blatt zu schaffen, wenn außer dem eigenen Vermögen 50 000 Mark auf Anleihscheinen gesammelt worden sind.

Die Einnahmen der Volkskasse betragen rund 22 000 Mark. Dazu kommt ein Fonds aus den Vorjahren von 7554 Mark. Die Gesamteinnahmen betragen 23 837 Mark. Die Reichstagswahl kostete 16 047 Mark.

Landesparteitag. Der Landesparteitag der Sozialdemokratie von 1911 findet am 3., 4. und 5. August in Lundscht statt. Die vorläufige Tagesordnung enthält außer den Vorstands- und Organisationsberichten und dergl. folgende Punkte: Parlamentarischer Bericht der Landtagsfraktion. a) Allgemeine Politik. Berichterstatter: Adolf Müller, b) Steuerpolitik. Berichterstatter: Dr. v. Koller. c) Sozialpolitik. Berichterstatter: Konrad Tora. Gemeinwohlprogramm. Berichterstatter: M. Segh und Dr. A. Siebekum. Heimatrecht oder Unterstützungswirtschaft. Berichterstatter: Ed. Schmidt. Der Vorschlag der Weidewirtschaftsordnung in Bayern. Berichterstatter: J. Timm.

Die Sozialdemokratie Ostens hält ihre Landeskonferenz am 31. August und 1. September in Großsch. C. A. Außer den Berichten ist ein Referat des Genossen Wulsdorf über die Reichs- und Landtagswahlen und ein solches des Genossen Ulrich über den Parteitag in Chemnitz vorgesehen.

Königsbacher. Eine Parteiverammlung in Chemnitz in Württemberg nahm nach längerer Debatte folgende Resolution an: „Die heutige sehr stark besuchte außerordentliche Parteiverammlung nimmt Stellung zu den Kommunisten bei der Einhebung der besagten Strohböden. Sie erklart sich der Teilnahme seitens der sozialdemokratischen Parteimitglieder an der sozialdemokratischen Parteiverammlung in Chemnitz und spricht sich dabei gegen die Teilnahme an der sozialdemokratischen Parteiverammlung in Chemnitz aus. Ferner fordert die Versammlung, daß unterhalb der sozialdemokratischen Parteiverammlung in Chemnitz sich nur dann beteiligen, wenn eine sichere Garantie gegeben wird, daß patriotische Reden und Königsbuch unterbleiben.“

Gewerkschaftliches.

Kleine Nachrichten. In Breslau findet zurzeit der Verbandstag der Transportarbeiter statt, in Mannheim der der Brauerei- und Mühlenarbeiter. Auf den eben erledigten Verbandstag der Gemeinde- und Staatsarbeiter kommen wir morgen zurück. Aus Raumgründen bringen wir nur am Schluß der Tagungen ein kurzes Resümee, etwaige gefaßte Beschlüsse werden wir indes folgen registrieren. — In Württemberg sind die Dadaeder in den Streit getreten, da die Unternehmer es nicht für nötig hielten, auf eingetragene Forderungen zu antworten. — In Eisen wurde der Streik der Gerathbauer erfolgreich beendet; der Stundenlohn stieg von 55 auf 60 Pfg. — Mit einer kurzen Arbeitszeitverkürzung und einer kleinen Lohnherabsetzung haben die Arbeiter in Weihenstephan einen dreijährigen Tarifvertrag abgeschlossen. — Der Verband der Lithographen und Stein-drucker hat in Magdeburg, Ebersfeld und Albersleben leiblich günstige Tarifverträge abgeschlossen. — 400 Hafenarbeiter der Holland-Amerika-Linie in Hoboken sind in den Ausnahm getreten, weil die Gesellschaft auch Nichtorganisierte beschäftigte. — Nach dem Bericht der Gewerkschaft der Todarbeiter beträgt die Zahl der ausländischen englischen Transportarbeiter in Swansea 3000, in Plymouth 3500, in Southampton 6000, in Bristol 7000, in Bournemouth 2000 und in Salford 4500. Die Gesamtzahl der Ausländigen im Lande stellt sich auf 45 000.

lokales.

Küstingen, 13. Juni.

Einiges von der „Bürger-Zeitung“.

Unserer Feststellungen, daß der Bürgerverein „Gemeinwohl“ und sein Komulus, Stecker mit Namen, bei den Stadtberatungen des Rühringer Kommunalparlamentes eine bezeichnend traurige Rolle gespielt haben, hat der „Bürgerzeitung“, deren Geistvater, soweit die erste Seite des in Berlin hergestellten Blattes in Frage kommt, derselbe Stecker ist, nimmere einige Wutstöße entlockt. Besonders unser Artikel in der Dienstagnummer, in dem wir die immernähreren übertriebenen Jammer der Hausbesitzerfreie um Stecker einmal auf das richtige Maß zurückführten, hat es ihm angetan, und er müht sich im Schwelge seines Angeheißes ab, nachzuweisen, daß es uns lediglich um eine systematische Ödhe gegen den Grundbesitz zu tun gewesen sei. Damit hat es natürlich keine Schwierigkeiten. Das sieht der Bürgerzeitungsredakteur denn auch am Schluß selbst ein, lächelt er doch, daß er es abliehe, mit dem Blatte, d. h. dem „Volkshaus“, über diese Angelegenheit in eine sachliche Polemik einzutreten. Wir glauben das gern: ist diese Art, sich aus der Zeitunge zu stellen, doch die heuerliche. Auf das, was in unserem Artikel wirklich gesagt wurde, ging unser Freund schlauerweise nicht ein. Daß er erzählt er etwas von den schwierigen Geldverhältnissen und der hohen Hypothekenbelastung, die natürlich niemandem unbekannt ist, aber trotzdem mit den von uns gemachten Feststellungen nur wenig zu tun hat. Zu der nachgewiesenen Vorhanden Wohnungsverhältnisse meint der gute Mann, es seien jetzt die Wohnungen erst so ziemlich alle belegt. Weiter soll von uns behauptet worden sein, die Hausbesitzer sähen jetzt alle schon auf dem Gemüß. Das ist selbst-

aus dem Lande.

Barel, 14. Juni.

Treibank. Der Wirt Eilers in Kallenbüschen trifft uns mit, daß er von dem ominösen Fleisch in Barel noch dessen Genuß einige Personen erkrankt sind, nichts bezogen habe, sondern sein Fleisch regelmäßig in Langendamm einkaufe.

Aus aller Welt.

Automobilunglück bei Dresden. Ein folgenreiches Automobilunglück hatte sich in der Umgebung von Dresden zugetragen. Nach einem Weinabend im Schützenhaus zu Weißen wollte der Privatier Adner in den frühen Morgenstunden mit zwei kleineren Bekannten, dem Privatier Gensich und dem Steinbildhauer Förster eine Spazierfahrt unternehmen. In Meibauer versuchte Adner einen Holzwagen auszuweichen, wobei das in voller Fahrt geträmmerte Automobil gegen einen Baum rannte und vollständig zertrümmert wurde. Alle drei Insassen wurden herausgeschleudert. Adner und Gensich waren sofort tot. Adner wurde durch den furchtbaren Aufprall an den Baum der Brustkorb eingedrückt. Der dritte Insasse, Bildhauer Förster, blieb mit schweren Verletzungen bewußtlos liegen. Er wurde in das Krankenhaus Weißen geschafft.

Aleine Tageschronik. Wie die Grenzpost meldet, ist gestern nachmittag ein Motorboot aus Scherebeck mit 50 Personen auf der Fahrt nach Ballum in der Nordsee gesunken. Zwei Tamen und drei Herren aus Scherebeck sind ertrunken. Zwei Frauen und ein Kind sind gerettet. Die Kinder waren von den Eltern, die zur Arbeit gegangen waren, eingeschifft worden und konnten sich vor den rasch um sich greifenden Flammen nicht retten. — In Finsterwalde verlor ein Arbeiter seine Frau zu vernehmen. Er hatte sämtliche Zünge zur Wohnung mit leicht brennbaren Stoffen umgeben, die er dann anzündete. Es gelang aber schließlich die Frau zu retten. Der Täter wurde verhaftet. — In Mainz löste die Hagener Feuerwehrgesellschaft eine Besichtigung der Spaliergasse Gelegenheit zur Fahrt gefunden. Zwei von ihnen konnten wieder zurückgebracht werden. Nach den übrigen sahndet man bisher vergebens. — Ein furchtbares Gewitter hat im südlichen Hochwaldegebiet des Harzes ein gewaltiges Schauern angerichtet. Das Gewitter auf den Höhen ist in der Regel vom Hagel und wolkenschweren Regenflüssen gefolgt. Gärten, Weinberge und Wiesen sind in großem Umfang arg mitgenommen, die Schiersteine sind teilweise vollkommen vernichtet. — In Hamburg wurde gestern im Zubehörraum der Straßammer II ein Arbeiter aus Rendsburg verhaftet, der hier vor drei Jahren wegen schwerer Diebstahls verurteilt worden war und sich der Strafverbüßung durch die Flucht entzogen hatte. — In der amerikanischen Militärkollisionschule zu Warland wurden zwei Offiziere durch Selbstmord getötet. — Der österreichische Flieger Bergmann, über dessen Verbleib man in Sorge war, ist in Treppan glatt gelandet. — Der Friedensnobelpreis für 1912 ist gestern im 81. Lebensjahre in Paris gestorben. — Der bei der Waldschlacht von Sedan gefallene Oberst Professor Alfred Ludwig ist gestern in Prag gestorben. — Bei einem Eisenbahnunglück in Döhlen sind, wie verlautet, 150 Personen ums Leben gekommen. — Aus Newark (Massa) wird gemeldet: Der Ausbruch des Rufens Ratmal hat sieben Fischerorte getötet. 300 Personen sind umgekommen. In der Umgebung von Koblenz herrscht infolge des hiesigen Hochwassers eine schreckliche Hungersnot. Der Pfanzensatz ist verfaulen. — Wie ein Telegramm meldet, wurden vor dem Londoner Gerichtshof zwei Personen abgeurteilt, die angeklagt waren, auf der Straße unethische Anstaltskarten verkauft zu haben. Beide wurden zu der ungewöhnlichen Strafe von 25 Pfennigen verurteilt und neun Monaten Gefängnis verurteilt.

Neueste Nachrichten.

Düsseldorf, 13. Juni. Heute morgen ereignete sich auf den Düsseldorf-Köhren- und Eisenwerken eine Kessel-Explosion, wobei 2 Personen getötet und 2 schwer verletzt wurden. Das Kesselhaus wurde vollständig zertrümmert. Der Kessel wurde 50 Meter weit weggeschleudert.

Marsalle, 13. Juni. Die Hosenarbeiter beschloßen, sich mit den Ausländigen in Le Havre solidarisch zu erklären. Den Arbeitgebern wurden Lohnforderungen unterbreitet.

Le Havre, 13. Juni. Die Lage ist hier unverändert, der Streik der Hosenarbeiter dauert an.

Dessau, 13. Juni. Hier sind 800 Hosenarbeiter in den Ausstand getreten. Sie fordern eine Lohnzulage.

Krafau, 13. Juni. In einem benachbarten Dorfe schlug der Blitz in eine Kapelle. Vier Personen wurden getötet und sechs Personen schwer verletzt. Mehrere andere Personen erlitten leichtere Verletzungen. Unter den Kirchensbesuchern entstand eine Panik.

London, 13. Juni. Die Zahl der Arbeitenden im Londoner Hafen hat eine weitere Zunahme erfahren. In einem Manifest wird erklärt, daß der Transportarbeiterverband eine internationale Aktion einzuleiten gedenke, die mit der Arbeitsverweigerung in sämtlichen englischen Häfen beginnen soll. Die Zahl der streikenden Dockarbeiter beträgt in London 45.000, außerhalb Londons wird die Zahl auf 50.000 geschätzt.

Leitung.

Für den Wahlsonntag gingen bei dem Unterzeichneten ein: 10.06 Mk., gefolgt auf dem Sommererträgen des Kadladervereins „Nord-Weiß“-Einnahmen. Einnahmen, 13. Juni 1912. Der Vorsitzende.

Wetterbericht für den 14. Juni.

Ziemlich warm, meist ausreichende südliche Winde, wechselnde Bewölkung, später Regen.

Arbeiter, agitiert für Eure Zeitung!

Verantwortliche Redakteure: Hirt, Politik, Revueleten und den übrigen Teil: Josef Nische; für Kolonial: Peter Quisich. Verlag von Paul Hug, Notationsdruck von Paul Hug & Co. in Kitzingen.

Darauf eine Beilage.

redend nicht gelagt worden, sondern es wurde nur darauf hingewiesen, daß das übermäßige Schreiben unter den gegenwärtigen Verhältnissen einfach nicht mehr berechtigt ist. Es sind uns Mietsteigerungen von 9 bis 15 Prozent ohne jeden ersichtlichen Grund bekannt geworden, und unter solchen Umständen ist die Schlußfolgerung, die in unserem Artikel gezogen wurde, zweifellos zutreffend. Das um die Sache herumreden oder die gebrauchten Worte verdrehen, schließt die Tatsachen nicht aus der Welt.

Eingangs des Bürgerzeitschrifts ist die Rede von der Wichtigkeit der Stadterhaltung und von der Rührigkeit des Bürgermeisters. Das ist das Gegenteil von dem, was man in der Gemeindevollversammlung verzapfte. Und es gibt nur einen Mann in Kitzingen, der auf der einen Seite eine Resolution, wie die des „Gemeindevollrats“ vertritt und hütet und auf der anderen Seite derselben durch die Resolution herabgerückten Stadterhaltung seine Anerkennung und sein Vertrauen ausdrückt. Das kennzeichnet einen Strohmann in seiner ganzen Doppelseitigkeit. Nach solcher Zeitung ihn in kommunalpolitischen Dingen noch weiter ernst nehmen zu können, kann niemand mehr verlangen. So benimmt sich kein vernünftiger und ernsthafter Mann, sondern nur ein ausgemachter Handlanger.

Das beweist er ferner am Schluß, als er plötzlich Amtseidbeschwören für seine Haltung in der Frage der Anstellung eines Akademikers für das Tiefbauamt bekommt. Wollte er uns auf diese Feststellung gebührend antworten, dann müßte er vertrauliche Angelegenheiten preisgeben und das heißt seinen Amtseid verletzen. Die Leser seines Organs können mit dieser Art Entschuldigung ja eingeleitet werden, aber uns wird er doch nicht für ebenso dumm und beschränkt halten. Die Verhandlungen waren nur bis zu einem bestimmten Punkte vertraulich und dieser hatte mit der vorgenommenen Frontwendung nur recht wenig zu tun. Zudem ist man doch laus nicht so! Oder sollen wir ihm etwa einmal alle die Berichte unter die Nase halten, die er in sensiblenliterärer Art aus vertraulichen Stadtrats-Sitzungen einem raumenden Publikum kämmernd unterbreitete. Mit dieser Anschuldigung also ist es wieder nichts!

Aber auch einen gelungenen Wit glaubt der Bürgerzeitschriftsteller gefunden zu haben. Auf den Vortritt der Gehirnlere wurde ihm gelagt, daß die Gehirnlere des Artikelschreibers ein Tugend Stedersdöbel zu fällen vermöge. Darauf meint er, nicht auf die Quantität, sondern auf die Qualität komme es an. Damit schließt er jedenfalls bescheidenweise auf seine werte Periodizität. Das ist allerdings ein gelungenes Wit, nur ein unfruchtbares. Der Inhalt des Stedersdöbels beweist wohlhaftig den „hohen“ Gehalt seines Gehirnsdöbels in selten deutlicher Weise. Mit dieser Kombination ist ausnahmsweise einmal das richtige getroffen.

Bevor wir schliefen, muß noch eine Lügennotiz der Bürgerzeitung beleuchtet werden. Ueber den Prozeß gegen den Lagerhalter A. bringt das Blatt folgenden Bericht:

„Ein interessanter Prozeß spielte am Dienstag vor dem hiesigen Schöffengericht. Auf der Anklagebank saß der Lagerhalter und Maßbinder A. von hier. Nicht weniger denn 17 Zeugen waren geladen. Der Schöffensaal war von Zuschauern überfüllt. Die Verhandlung warf ein eigenartiges Licht auf den Konsumverehr; die Mitglieder werden sich sicherlich noch über verschiedene Einrichtungen in ihren Vernehmungen unterhalten müssen. A. wurde wegen Vergehen nach § 268 des Strafgesetzbuches zu 50 Mark Geldstrafe oder 3 Wochen Haft verurteilt. Der Staatsanwalt hatte drei Monate beantragt. Wie verlautet, hat der Staatsanwalt gegen das ihm zu milde erlassene Strafmaß Berufung erhoben.“

Das einzig richtige an der Notiz ist die Mitteilung vom Stattfinden des Prozesses und daß A. verurteilt wurde. Das Urteil lautete auf 50 Mark Geldstrafe, 5 Tage Gefängnis. Von den 3 Wochen Haft, das ist Schwindel. Der Vertreter der Anklage, man nennt ihn am Schöffengericht Staatsanwalt und nicht Staatsanwalt, vererbte Schlußaufsatz mit dem gehaltvollen Satz, hatte 3 Wochen Gefängnis beantragt und nicht drei Monate. Wenn Sie schon aus dem bedauerlichen Verfall schlagen wollen, dann gestatten wir uns immerhin dabei noch zu verlangen, daß Sie bei der Wahrheit bleiben, so schwer Ihnen das auch fallen mag!

Der Bauverein Kitzingen hält am Freitag, den 14. Juni, in Seebadwälders „Tivol“ eine außerordentliche Generalversammlung ab. Auf der Tagesordnung stehen u. a.: Statutenänderungen, Geschäftsabrechnung für den Vorstand und Wahl eines kassierstellenden Kassierers.

Die Seebadveranstaltungen am Deppenser Strand werden voraussichtlich am 17. Juni d. J. eröffnet werden. Die neue Strandhalle wird den Badegästen während der Badegzeit sehr willkommen sein. Die Badepreise haben gegen das Vorjahr, wie wir schon mitteilten, eine Erhöhung erfahren. Sie sind durch Anschlag in den Badeanstalten und dem Rotbau an der Seebadstraße bekannt gegeben. Dauerkarten werden im Rathause verabfolgt.

Briefsammlungen mit durchscheinender Adressen. Der Staatssekretär des Reichspostamts erteilte dem Deutschen Handelslage wegen der Beantragung von Briefsammlungen mit durchscheinender Adresse folgende aufklärende Antwort: „Hinsichtlich der vom Auslande bei den deutschen Postanstalten eingehenden Fernbriefe, bei denen entgegen der Vorschrift für den inneren Verkehr die Adressen parallel zu den Schmalseiten des Umschlages verläuft, besteht schon seit Jahren die Vorschrift, daß sie unbeanstandet weiterbefördert werden. Wenn tatsächliche solche Briefe beanstanden sein sollten, so könnte dies nur auf einem Versehen einzelner Beamten beruhen. Ich darf anheimstellen, gefälligt zu veranlassen, daß solche Fälle den zuständigen Postämtern zur Anzeige gebracht werden.“

Einen recht unüberlegten Streich, der sehr leicht hätte recht able Folgen haben können, verübte, wie die „W. Ztg.“ zu melden weiß, der 44 Jahre alte Handlanger Detmer Lönjes in Kitzingen. Als kürzlich der etwa 24jährige Sohn

des Herrn Cornelius mit einem Bekannten die Wirtschaft von Sch. betrat, wurde er von Lönjes beleidigt und ins Gesicht geschlagen. Nicht genug hiermit, forderte letzterer den jungen Cornelius auf, mit vor die Wirtschaft zu kommen, dort werde er ihm einmal etwas zeigen. Als L. mit seinem Begleiter die Aufforderung folgte, ließ Lönjes nach seinem Hause, holte ein Gewehr hervor und gab auf die beiden jungen Leute zweimal zwei Schüsse ab, so daß diesen die Schrotkörner um die Ohren prasselten. Da festgestellt ist, daß L. die Schüsse nicht blindlings abgegeben hat, sondern niedergelutet ist und auf die Männer gezielt hat, so wird der Anklage vermutlich verächtlicher Toischlag zugrunde gelegt werden. L. soll früher auch schon einmal solche Dummheiten gemacht haben.

Zum Schöffengerichtsbericht in unserer gestrigen Nummer ist beizugeben mitzuteilen, daß in der Privatklage Sache Dittmann Frau Diet A. zu 50 Mk. Geldstrafe eont. 10 Tage Gefängnis, Frau S. zu 10 Mk. Geldstrafe eont. 2 Tagen Gefängnis verurteilt und Frau Hajio A. freigesprochen wurden. Die Namen waren verbüt und dadurch falsch wiedergegeben worden.

Wilhelmshaven, 13. Juni.

Die Bürgervereiner-Kollegiumsitzung, die gestern nachmittag stattfand, befahte sich u. a. mit der Bewilligung eines Beitrages zur Nationalflugpende. Der Magistrat hatte das immerhin ganz nette Einmünden von 2000 Mark für diesen Zweck übrig. Die Stadtväter hatten diesmal nicht so ohne weiteres Lust zu so sagen, sondern es waren einige unter ihnen, die da meinten, 1000 Mark wären auch genug. Einer erkundigte sich sogar, einen entsprechenden Antrag zu stellen. Zur Begründung der Bewilligung dieser Summe kamen durchschlagende Gründe nicht zum Vorschein, dafür meinte man aber, daß das ominöse Wort „nationale Flugpende“ schon alles sage und begründe. Nur nicht reden über diese Angelegenheit, sondern genehmigen so rasch als möglich, war der Untergrund aller für die 2000 Mark pläbrierenden Redner. Aber trotzdem wurde der auf 1000 Mark lautende Antrag nicht zurückgegeben und als es zur Abstimmung kam, blieben immerhin zwei Bürgervereiner sitzen, während ein anderer tapfer für nur 1000 Mark gesprochen hatte und dann sich ebenso tapfer beeilte, 2000 Mark zu bewilligen. Es geht aber doch nicht über ein bishigen Konsequenz-Prinzipiel sprach sich niemand gegen die Bewilligung aus. Von einem sozialistischeren Stadtparlament wird man das heute auch nicht mehr verlangen können. — Die übrigen Punkte der Tagesordnung betrafen meist internere Angelegenheiten. Hervorzuheben zu werden verdient, daß den Verhältnissen auf dem Wohnungsmarkt die größte Aufmerksamkeit auch im Bürgervereinerkollegium geschenkt wird und sich gestern sogar Stimmen für Wohnungsbau in händischer Regie erhoben. Das ist ein Zeichen der Zeit und zeigt, daß der Wohnungsmangel zu ganz bedeutenden Erscheinungen führen wird. Auf diese Weise kommt aber schließlich ein Versuch zur Ausführung, den wir von unserem Standpunkt aus nur als zweckmäßig bezeichnen können. — Vor der Sitzung wurde ein neues Mitglied, der Schlächtermeister Voigt, eingeführt und verpflichtet.

Schiffliste für Billig Briefe nach den Vereinigten Staaten von Amerika (10 Pf. für je 20 Gramm). Die Vortormählung erstreckt sich nur auf Briefe, nicht auch auf Postkarten, Drucksaften usw. und gilt nur für Briefe nach den Vereinigten Staaten von Amerika, nicht auch nach anderen Gebieten Amerikas, z. B. Kanada, „Cincinnati“, ab Hamburg 15. Juni, „Raiser Wilhelm der Große“, ab Bremen 20. Juni, „Berlin“, ab Bremen 22. Juni, „Aronprinzessin Cecilie“, ab Bremen 25. Juni, „Amerika“, ab Hamburg 27. Juni, „George Washington“, ab Bremen 29. Juni, „Aronprinz Wilhelm“, ab Bremen 2. Juli, „Raiser Wilhelm II.“, ab Bremen 9. Juli, „Kaiserin Auguste Victoria“, ab Hamburg 13. Juli. Postschluß nach Anfrucht der Frachtschiffe. Alle diese Schiffe sind Schnelldampfer oder solche, die für eine bestimmte Zeit vor dem Abgange die schnellste Beförderungsgelegenheit bieten. Es empfiehlt sich, die Briefe mit einem Retourmerk, „direkter Weg“ oder „über Bremen oder Hamburg“, zu versehen.

Einen Selbstmordversuch aus Eifersucht unternahm vorgestern abend eine 24jährige erst einige Stunden verheiratete Frau in der Nähe des Schießplatzes. Die aus Kitzingen stammende Frau hatte aus dem genannten Grunde Zwillingskinder mit ihrem Mann und geriet hierbei in eine so hochgradige Erregung, daß sie beschloß, ihrem Leben ein Ende zu machen. Sie fiel über die Königstraße nach dem Verbindungshafen, legte Hut und Mantel ab und war im Begriff, ins Wasser zu springen, als sie von hinten am Arm ergriffen und an der Ausführung ihres Vorhabens gehindert wurde. Ein Schuhmann nahm sich der Lebensmüden an und brachte sie zu ihrem Gatten zurück.

„Wallhalla“-Sommertheater. Ein Volkstheater im wahren Sinne des Wortes wird nach kurzem eifrigen Streben, für billiges Geld das Beste zu bieten, am Sonntag, den 16. Juni, aufgehört haben zu existieren. Viel Gutes wurde geobten; wir haben Werke wie „Ehre“, „Hüttenbesitzer“, „Orbello“, „Verlufene Glocke“, „Halemanns Töchter“, „Frotte Weiber“, „Jugend“ usw. Was umsonst! Es finden noch zwei Vorstellungen statt und zwar Freitag, den 14. Juni, „Der Verführer“, Benefiz Albert Hie, und am Sonntag Abhiedsbeneiz des gesamten Personals: „Der Goldbauer“, Volksstück in 4 Akten von Charlotte Birch-Pfeiffer. Den Goldbauer spielt Herr Döders, Falkenton: Herr Steiler jr., die Bron: Fr. Boshammer vom Kaiser. Theater Sonderhausen, Wabadi: Frau Döders. — Wäge das künftige Publikum das Unternehmen im Interesse des Personals an diesen beiden letzten Tagen durch einen zahlreichen Besuch unterstützen. Der Biletverkauf hat schon begonnen und findet während der ganzen Tage im Theater-Restaurant „Wallhalla“ statt.

Heute, Freitag, den 14. Juni cr. **Reste-Tag!**

Es kommen zum Verkauf

mehrere 100 Reste

Kleiderstoffe, Bettzeuge, Inletts, Schürzenstoffe, Kattune, Mousseline, Waschstoffe, Barchent, Hemdentuch, Piqués, Rouleauxstoffe, Vitragen- und Gardinestoffe, Flanelle, etc. etc. .:

zu bedeutend ermäßigten Preisen!

Bartsch & von der Brelie.



Empfehle:

Große und kleine Schellfische, große und kleine Schollen, Sprotten, Seelachs, Röhrlachs, Seehecht, Fischkardonade, Kaviar, Ankerhahn, Notzungen, Lachs, Steinbutt, Seibutt, Entenschnitzel, u. A. d. G.

J. Heins, Fischhandl.
Bismarckstraße 5, Marktstraße 45, Wilhelmstr. Tel. 455.

Billig und gut ist mein

Marine-Molton

170 cm breit
per Meter **3.30** Mk.

Knaben-Kadettstoff
per Meter 75 Pf.

S. Janover
neben Variété Adler.

Pökel-Kleinfleisch

pr. Pfd. 25 Pf.
empfiehlt
E. Langer,
Neue Straße 10.

Optima-Fahrräder

Das von selbstverständlicher
Kauf u. Verkauf.
N. Timmermann, Hannover 66.

Wichtig! Fischverkauf!



Dienstag früh
Gösterstraße u. Kaiserstraße
Infolge guten Franges sind die
Beize gefallen!

Doch! Schnell! 15, 20, 22, 25 Pf.
• Seelachs . . . 20, 25 Pf.
• Notzungen . . . 22, 25 Pf.
• Kardonade . . . 28, 30 Pf.
• Seehecht . . . 15 Pf.

Neue Zwiebeln

Pfund 10 Pfennig
— empfiehlt —
L. Bakker
Bismarckstraße.

Betten

gute Qualität, bill.
• best. Zeugn. abg.
• gest. K. u. M.
• Preisfr. 10.

Colosseum Rühringen.

Wilhelmshavener Straße
Jeden Sonntag und Freitag:
Gr. öffentlicher Ball
Dazu ladet ergebenst ein
S. Zuhbauer.

Volkstheater Rühringen

Freitag: Gruppen u. Kindfleisch.

Sommer-Theater

Walhalla

Bismarckstraße 5.
Nur noch 2 Vorstellungen!
Freitag den 14. Juni:
(Benefiz für Albert Ihle)

Der Berschwender

Volkstheater mit Gesang in 3 Akten
(6 Bildern) von Ferd. Schöndob.
Sonntag den 16. Juni:
• Abschieds-Benefiz
für das gesamte Personal.

Der Goldbauer

Volkstheater in 4 Akten von Char.
lotte Birch-Pfeiffer.
Raffensöffnung 7.30 Uhr.
Anfang 8.30 Uhr.
Vorverkauf während des ganzen
Tages im Theater-Kassant.

Schürzen

für Damen und Kinder in
besten Qualitäten, guter
Puffform und bester Na-
arbeit, empfiehlt billigst

Martha Kappelhoff

Ede Moen- u. Tschier.

Achtung! Achtung!

Arbeiter-Radfahrerverein Varel.
Sonntag den 16. Juni cr.
im Hotel zum Schütting
(Ohn. Vorder- & Ranz):

1. Stiftungs-Fest

verbunden mit
Korfo-, Saal-, Reigen- und
Ausfahrten.
Entrée 30 Pf. Tanzband 1 Mt.
Anfang punkt 2 Uhr.
Es ladet freundlich ein
Das Komitee.

Ankauf

von allem Eisen, Kupfer, Messing,
Zink, Zinn, Zinnblei, Blei, Zinn-
blei, Zinn, Gummiabfälle u. Cham-
pagnerflaschen. Jähle dafür stets
die höchsten Preise. Auf Wunsch
hole er aus dem Hause ab.

S. Reisner

Geppens, Ländchenstr. 4
Tel. 672.

Arbeits-Schuhe 4.50 5.50
Schnür- und Schnallen-

Arbeits-Stiefel 5.00 7.50
Schnür- und Schnallen-

Joh. Holthaus Nachf.
Neue Strasse II :: Gökerstrasse 14.
Wilhelmshavener Strasse 30.

Schmidts Konzertgarten
Bunter Garten.

Freitag abend von 7 bis 11 Uhr:
Frei-Konzert
ausgeführt von Mitgliedern der Natr.-Do.-Kapelle.
Bei ungünstigem Wetter findet das Konzert in der
großen Glasveranda statt.
Es ladet freundlich ein **J. H. F. Wenke.**

Gelegenheitskauf!

Ein Posten
Wasch-Besätze
Nicht
nachzu-
liefern.

So lange
Vorrat
reicht.

in Stücken von 10 Meter
moderne waschechte Sachen
Stück 38 ⁹ Stück 48 ⁹

Margoniner & Co.
Marktr. 34. Gökerstr. 8.

Gemischte Marmelade
per Eimer (5 Pfund) 1.00 Mt.

Apfel-Marmelade pr. Eimer (5 Pfund) 1.55 Mt.
Erdbeer-Marmelade 1 Pfd. ausgewogen 50 Pf.

J. H. Cassens, Peterstraße 42, Schaar.

Billig zu verkaufen
eine Kinder-Bettstelle,
eine Stargardende, Scharf,
ein Spiegelschrank mit Spiegel.
Bremer Straße 25, 2. St. l.

Wildeshäuser Schwarzdrol
frisch eingetroffen.
Paul Bremer,
Bremer Straße 15. Fernruf 608.

Freie Turnerschaft Rühringen.

Sonntag den 15. Juni,
abends 8 1/2 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
in Oden.
Die Mitglieder werden ersucht,
pünktlich u. zahlreich zu erscheinen.
Der Vorstand.

Adler Theater

Heute Donnerstag
Die moderne Eva.

Freitag den 14. Juni:
Die keusche Susanne
„Susanne, Susanne, du halt
mies angetan!“ Neues Textst.

Sonntag den 16. Juni:
Die keusche Susanne

Sonntag den 16. Juni:
Die moderne Eva.
Sonntags keine erhöhten
Preise. Sonntagpreise
wie Morgenpreise.

Hiermit fordere ich den
Maurer Heinrich Behrend
auf, innerhalb 14 Tagen seine
Schulden abzurufen, widrigenfalls
ich dieselben als mein Eigentum
betrachte.

Georg Schweers,
Geensstraße 72a.

Neu angelangt:
Ein Posten Rodungslüge 7 Mt. an
Ein Posten Jadedatungslüge, Größe
62-64, von 7 Mt. an.

Ch. Schönwetter, Wilh. Str. 49.

Trinkt
„Lebensquell“
R. St. R.
Sonntag den 16. Juni,
morgens 9 Uhr:
Zusammenkunft bei G. Schön,
Zum Jadenbusen.

Biochemischer Verein
Wildenburg Schaar.
Sonntag den 15. Juni 1912
abends 8 Uhr:

Monats-Versammlung
bei Janßen, Wildenburg.
Der nächsten Tagesordnung
wegen ist das Erscheinen sämtlicher
Mitglieder dringend erwünscht.
Der Vorstand.

Soziald. Wahlverein
Dangastermoor u. Aug.
Sonntag den 15. Juni,
abends 8 1/2 Uhr:

Monats-Versammlung
in Strades Hotel.
Tagesordnung:
1. Entschlüsse zur Landes-Konferenz.
2. Wahl eines Delegierten.
3. Kommunales.
4. Verschiedenes.
Zahlreiches Erscheinen der Mit-
glieder wünsch!

Soziald. Volksverein Varel.
Sonntag den 15. Juni
abends 8 1/2 Uhr:

Partei-Versammlung
im Hof von Oldenburg.
Tagesordnung:
1. Bericht von der Reichstags-
wahl unter besonderer Be-
rücksichtigung der Gemüther-
Bestimmungen.
2. Bericht zum Landespartei-
tag u. Wahl eines Delegierten.
3. Kommunales — Verhältnis-
wahl.
4. Abrechnung von der Reichs-
tagswahl und Reichsfeier.
5. Verschiedenes.
Um allseitiges Erscheinen bitten
Der Vorstand.

An-u. Abmelde-Formulare
empfiehlt Paul Hug & Co.

Todes-Anzeige.
Gestern morgen 6 1/2 Uhr
starb nach kurzer heftiger
Krankheit meine liebe Tochter
und Schwester

Elise
im Alter von zehn Jahren.
Dies bringt tiefbetäubt zur
Anzeige
Ww. Katharina Müller
geb. Söker.
Die Beerdigung findet am
Sonntag den 15. Juni,
morgens 9 1/2 Uhr von der Kreu-
denber Leichenhalle aus statt.

Danksgiving.
Für die vielen Beweise herz-
licher Teilnahme und die vielen
Kranzspenden beim Hinscheiden
unseres lieben Kindes sagen wir
auf diesem Wege allen unseren
Angehörigen Dank.

Ww. Meyer und Frau
nicht Kindern.

Trinkt
„Lebensquell“

Vorlage betreffend Aenderung des Organisationsstatuts.

II. Wahlordnung.

Den Wahlmodus, nach welchem die dem Parteitag für den Parteiaussschuß vorzuschlagenden Genossen gewählt werden, bestimmen die Bezirks- bezw. Landesvorstände im Einverständnis mit den Wahlkreisorganisationen ihres Bezirks. Sie leiten auch die Wahl.

Können sich mehrere Agitationsbezirke, die zu einem Wahlbezirk gehören, nicht über einen einheitlichen Wahlmodus einigen, so entscheidet der Parteivorstand über den Wahlmodus dieses Bezirkes.

Die Wahlbezirke, die mehr als ein Mitglied zu wählen haben, sollen möglichst auch eine Genossin als Mitglied wählen.

Das Ergebnis der Wahl ist dem Parteivorstand vor dem Parteitag schriftlich mitzuteilen.

Nach § 20 des Organisationsstatuts werden Wahlkörper gebildet wie folgt:

Es wählen die Agitationsbezirke:

Estpreußen und Westpreußen	1	Mitglied
Kommern und Bozen	1	"
Groß-Berlin	3	"
Brandenburg	1	"
Breslau, Ratiboritz, Görlitz und Langenbielau	1	"
Magdeburg	1	"
Dalle	1	"
Erfurt und Hessel	1	"
Frankfurt	1	"
Thüringen 1 u. 2, Altenburg, Gotha, Weimaringen	1	"
Schleswig-Holstein	1	"
Hannover	1	"
Westf. und Westf. Westfalen	1	"
Scherrhein und Saargebiet	1	"
Niederrhein	1	"
Südhannern	1	"
Nordhannern	1	"
Hals	1	"
Tresden	1	"
Leipzig	1	"
Chemnitz und Zwickau	1	"
Wittenberg	1	"
Waden	1	"
Sachsen	1	"
Mecklenburg und Lübeck	1	"
Brandenburg und Anhalt	1	"
Nordwest und Oldenburg	1	"
Hamburg	2	"
Elbaf-Vorbringen	1	"

32 Mitglieder

Bemerkungen zu den vorgeschlagenen Aenderungen des Organisationsstatuts.

Der Jener Parteitag nahm im vorigen Jahre einen Antrag 73 Auer-Luord an, der in seinem zweiten Teile wie folgt lautet:

Der Parteitag beschließt: Zweck Beratung einer Reorganisation des Parteivorstandes und der Kontrollkommission unter Zugiehung des Parteivorstandes eine

22gliedrige Kommission zu wählen, die dem nächsten Parteitag Bericht zu erstatten hat."

Die Kommission wurde auf Parteitagbeschlus auf 22 Mitglieder erhöht und Genosse Dies, der Vorsitzende des Parteitages, hat nach Annahme des Antrages festgestellt, daß die Kommission das Organisationsstatut auch auf die Notwendigkeit sonstiger Aenderungen zu prüfen habe. Die Kommission tagte am 13. und 14. Mai dieses Jahres in Berlin. Die von der Kommission beschlossenen Aenderungen des Organisationsstatuts sind in dem vorstehend wiedergegebenen Entwurfe geperrt gedruckt. In der Kommission wurde der Wunsch geäußert, daß der Parteivorstand dem Entwurfe bei der Veröffentlichung eine kurze Begründung beigegeben möchte. Wir kommen diesem Wunsche hiermit nach, bemerken jedoch im voraus, daß an den meisten Paragraphen des Organisationsstatuts Aenderungen nicht vorgenommen wurden, da es sich im allgemeinen darum benöhrt hat.

Die Kommission beschloß die erste Aenderung beim § 5. Der bisherige monatliche Mindestbeitrag für Männer von 30 Pf. wurde auf 40 Pf. monatlich bzw. 10 Pf. pro Woche, und der Beitrag der Genossinnen wurde von 15 auf 20 Pf. bzw. 5 Pf. wöchentlich erhöht. Eine solche Erhöhung war bereits auf dem Leipziger Parteitag von vielen Seiten lebhaft verlangt worden. Anwarts haben die politischen Kämpfe an Intensität zugenommen, für die Waffen werden von allen bürgerlichen Parteien immer größere Aufwendungen gemacht und die Aufgaben der Partei werden immer umfangreicher. Das hat in der Praxis dazu geführt, daß der 40-Pf.-Monats- bzw. 10-Pf.-Wochenbeitrag sich immer mehr durchgesetzt hat. Bereits im vorigen Jahre hatten 82 Kreise den 10-Pf.-Wochenbeitrag, 48 Kreise den 40-Pf.-Monatsbeitrag und 3 Kreise den 50-Pf.-Monatsbeitrag für männliche Mitglieder. Die Beitragserböhung kann jetzt ohne Bedenken beschloffen werden, da der 10-Pf.-Wochenbeitrag selbst in vielen Gegenden mit gering entlohnter Arbeiterschaft durchgeführt worden ist, ohne daß die Organisation dadurch Mitglieder verlor.

Nach dem bisherigen § 7 ist die gesamte Reichstagsfraktion zur Teilnahme an dem Parteitag berechtigt und hat — abgesehen von den die Fraktion betreffenden Fragen — volles Stimmrecht. Die Fraktion hat seit den letzten Wahlen erfreulicherweise eine Stärke von 110 Mann. Die Kommission war der Meinung, daß es genüge, wenn die Fraktion auf dem Parteitag durch eine Delegation vertreten würde. Diese Aenderung wurde bei allen früheren Beratungen über das Organisationsstatut bereits diskutiert, als die Reichstagsfraktion noch wesentlich geringer an Zahl war. Da neben der Delegation der Fraktion, bis zu einem Drittel ihrer Stärke, eine Anzahl Abgeordnete in ihrer Eigenschaft als Mitglieder des Parteivorstandes, der Kontrollkommission und des Parteiaussschusses amewend sind, so wird auch nach der Aenderung des Statuts weit mehr als die Hälfte der Fraktion auf dem Parteitage vertreten sein.

Nach dem neuen § 14 soll die Vertreterin der Genossinnen in Zukunft als Sekretärin gewählt werden. Seit dem Nürnberger Parteitag sind die weiblichen Mitglieder im Parteivorstand durch eine Genossin vertreten, die als Beisitzerin gewählt wurde. Diese als Uebergangsbestimmung gedachte Form der Vertretung der Genossinnen im Parteivorstand kann jetzt geändert werden, nachdem sich die gemeinsame Organisation eingelebt hat.

Nach dem neuen § 20 soll ein Parteiaussschuß eingesetzt werden. Diese Institution ist für die sozialdemokratische

Partei neu. Die großen bürgerlichen Parteien haben seit langem unter verschiedenen Namen ähnliche Ausschüsse. Der Antrag 73 wurde in Jena damit begründet, daß die politischen Führer der einzelnen Landesteile an der Leitung der Partei beteiligt werden müßten. Nach dem Vorschlag der Kommission sollen diese Genossen zu einem Zweigliedrigen Ausschusse vereinigt werden, der alle Vierteljahre mindestens einmal zusammentritt. Die Befugnisse des Parteiaussschusses ergeben sich aus dem Entwurfe des Statutes. Die Zahl von 32 wurde festgelegt, weil bei einer größeren Zahl die Parteileitung zu schwerfällig werden müßte. Die Ausschussmitglieder, die nicht nur eine begabteste, sondern auch eine abschließende Stimme haben, sollen vom Parteitage gewählt werden, da sie ihm Redensstoff abzugeben haben. Da die einzelnen Landesteile durch Vertrauensleute im Parteiaussschuß vertreten sein sollen, so hielt es die Kommission für zweckmäßig, diesen ein Vorschlagsrecht für die Wahl einzuräumen. Zu diesem Zweck müssen die Landesteile in Wahlkörper eingeteilt werden. Die gegenwärtige Bezirksenteilung konnte schon aus dem Grunde nicht glatt übernommen werden, weil wir jetzt 45 Bezirke haben. Bei der Abgrenzung der Wahlbezirke mußte darauf Rücksicht genommen werden, daß nicht nur die einzelnen Landesteile soweit als möglich vertreten sind, sondern daß auch Bezirke mit sehr großer Mitgliederzahl eine entsprechende Vertretung erhalten.

Aus den 32 Wahlbezirken, die die Wahlordnung vorschreibt, soll dem Parteitag der Vorschlag zur Wahl des Parteiaussschusses gemacht werden. Für die Wahl der Parteiaussschuß-Mitglieder in den Wahlbezirken wurde es nicht für nötig erachtet, einen einheitlichen Modus festzusetzen, vielmehr soll, wie bei den Delegiertenwahlen zum Parteitag, den Organisationen Spielraum gelassen werden. Die Wahl der Kandidaten für den Parteiaussschuß kann auf den Parteitag vorgenommen werden oder es kann durch die Wahlkreisorganisationen des Wahlbezirks direkt im Wege der Abstimmung oder auf den Generalversammlungen erfolgen.

Für den diesjährigen Parteitag sollen bereits Vorschläge gemacht werden, damit die Wahl der Parteiaussschuß-Mitglieder auf dem Parteitage erfolgen kann für den Fall, daß der Parteitag die vorgeschlagenen Aenderungen beschließt.

Der Absatz 3 des bisherigen § 19 fällt weg. Die gutachtlichen Konferenzen der Bezirks- und Landesverbände sollen zur Beratung organisatorischer Fragen und geldlicher Angelegenheiten nach Bedarf auch weiterhin abgehalten werden, ebenso wie bisher schon Bezirkskonferenzen und Geschäftsführerkonferenzen stattfanden, ohne daß das ausdrücklich im Statute festgelegt ist.

Die Kontrollkommission bleibt nach dem Entwurfe erhalten als Instanz zur Kontrollierung der Verwaltung des Parteivorstandes und zur Entschcheidung über Beschwerden gegen den Parteivorstand. Es erschien bedenklich, diese Funktionen auf den Parteiaussschuß zu übertragen, der in politischen Fragen kollegial mit dem Parteivorstand entscheidet.

Die Kommission wird vor dem Parteitag nochmals zusammentreten, nachdem der Entwurf in den Organisationen und in der Presse diskutiert ist und die Anträge zum Parteitag vorliegen.

Die erste Weicht'.

Von Axel Schönberg.

Das gehörte zum Schrecklichsten, was der zehnjährige Knirps bisher in seinem Leben mitgemacht hatte — die Gewissensbefreiung.

Ihr müßt aber nicht glauben, daß ich der Rump dieser Geschichte bin. Zuerst war also den Waden fargweg — „Gansl“, damit das Kind einen Namen hat.

Die Mutter hatte für den Gansl schon in aller Früh' beim Krämer einen großen Bogen Schreibpapier eingekauft und einen Bleistift N. 1.

„Gansl“, sagte sie dann, von der Brühmehle heimgekommen, „da sey' dich jeh' her zum Tisch, mit dem Gesicht gegen das Kreuzifix. Da hast Papier — hoffentlich lang's — und jetzt denk' einmal ernstlich nach, was du schon alles getrieben hast! Schreib' dir's fein auf, die groß'n Brod'n und auch die Klein', auf daß du deine Sach'n beieinander hast für die erste Weicht' heut' nachmittag! So, jetzt laß i dich allein!“

Dann begab sich die Mutter mit schlürfendem Tritt in die Küche und hantierte dort herum; aber viel stiller als sonst, um den Gewissen erforschenden Gansl in der Stube drin ja nicht zu hören.

Also: Da sitzt er jetzt, der Gansl! Eigentlich steht er nur an der äußersten Kante des Stuhles. Bald nach er um Bleistift, bald, wenn ihm ein großer „Brod'n“ einfällt, fährt er sich ins Haar, das wie Strobgarden aus seinem Kopfe schießt.

Sin und wieder schleift er mit der aufgestellten Hohlhand blitzschnell über die Tischfläche und, woblagermt, nie vergebens. Jedemal jag er zwischen den sich vorfindig öffnenden Fingern eine oder auch mehrere Fliegen hervor; er drückt ihnen heute bloß die Flügel ein; Flügel und Füße läßt er in Anbetradt der bevorstehenden Weichte ungeschoren.

Wie er nun seine paar Jahre im Geiste an sich vorüberziehen ließ, kam ihm der beste Schwitz auf die Stirn. Rum-

perien tauchten da vor dem Gansl auf; grün und blau wurde ihm vor den Augen.

Und dazu machte die Uhr im Kasten: „Wart' — wart' — wart' — wart!“

Am schwersten drückte ihn die getrigerte Rabe der Wackerföschin. Diese Ugerfrage hatte er vor einem halben Jahre in aller Stille ganz kunstgerecht stranguliert und den Leichnam im Hünerstall aufgehängt.

„Wie du mir, so ich dir!“

Denn der Gansl war ein Vogelmann; eine Rabe hatte ihm einmal seine tragende Freunde ermüßt. Darum hatte er diesen „Anderwiedern“ allsamt den Tod geschworen.

Ginter dem naben Söllunderstrauch hatte er nach vollbrachter Moritat gepöht, bis die Gauerin den Hüdnern das Futter brachte. Diese wüßersgerzten Jüge und schauerlichen Grimassen der überdilliebigen Wackerföschin mit der kaffeebraunen Woge neben der Nase — o, da überläuft heute noch den Gansl ein wonniges Geseule.

Dem Tlangenbauer seinen Weidenstiel abgebrochen . . . Ichrieb er weiter auf den Sündenbettel.

Dem Jmsdruder Voten zwei volle Kornsäde angefschnitten . . .

Der Mutter mit einem Strohhalm die Milch aus den Schüssel gefaugt . . .

So schrieb er eine Nummer' nach der andern.

Erst gestern noch hatte er das mit dem Strohhalm gemacht. Auf diese Weise brachte er es zustande, daß die Rahmschicht obenun unverletzt blieb; und darunter schwand die Milch. Die Mutter — sonst nicht abergläubisch — glaubte schon an Deterer.

Der Gansl riet ihr, das Milchbübel vom Wacker „aussegnen“ zu lassen.

O, der Gansl war ein Fruchtl!

Erst als er sich bis hoch in die Dreißig hineingefährten hatte, ging es langsamer; und endlich fiel ihm nichts mehr ein. Er las fünf, sechsmal das ganze Register durch, damit er in lebung komme; nicht etwa im Weidtrahl stecken bleibe und so den Wacker noch giftiger mache, als es ohnehin schon vorausgesehen war.

Schließlich lehte er getreulich den vollen Namen unter das Sündenprotokoll und das Datum. Dann widelte er den sorgsam zusammengefalteten Zettel in sein Schnupftüchel und steckte es in den Dohlenlof.

Das Mittagessen, Dampfbad mit kalter Milch, schmeckte dem Gansl heute nicht so gut wie sonst. Die Milch rührte er gar nicht an; sie erinnerte ihn zu lebhaft an die Geschichte mit dem Strohhalm. Er getraute sich auch nicht, der Mutter ins Gesicht zu schauen; denn nun trug er es schriftlich in der Tasche herum, daß er ein ganz nichtsnuziger Junge sei.

„Hast recht große Brad'n?“ forschte die Mutter.

„Um! So mittel durch.“ meinte der Gansl kurz, nebenhin, und ließ sich nicht weiter ein.

Nach dem Essen schlich er sich in die Küche und von dort gemeinsam mit den anderen Waden unter Aufsicht des Lehrers in die Kirche.

Dort ging es bald los. Der Wacker „los“ schon, als der jugendliche Wüßersug doherkam. Ein Knirps nach dem andern betrat ruhig und ängstlich den Bekstuhl, um ihn mit propädeutischer Sicherheit wieder zu verlassen.

Es ging wie auf dem Schnellwieder. Die Bürschlein hatten ihre wenigen lumpigen Sünden fein sauber abgeschrieben und lasen sie herunter wie ein Kapitel aus der Bibel.

Das Aufschreiben hatte der Wacker selbst den Tuber angeraten:

„Nur alle Sünden fein aufschreiben, Bübeln; damit Ihr ja nit vergeht! Wenn Ihr erst einmal all's bereit und einbekannt habt, dann sollt Ihr erst sehen, was das für ein Gefühl ist, so ring und federleicht; man kann's nit beschreiben, man kann's nit fählen!“

Schwer ging's dem Gansl mit Reue und Vorach. Mit den darin plagten ihn immer wieder weltliche Gedanken.

„Die Braung' steht, daß die Gauerin jetzt hat; wenn i nur die amal dertapp'n iir; der moill' ich den Kragen zu schneuren; na, vielleicht iirich' ich sie morgen . . .“

Endlich trost' ihn; den frodbarrigen, verdächtigsten Gansl. Mit schlottenden Anien wandt er in den Weicht-



In **Beleuchtungen** ein Anfangsgehalt von 1900 Mark, steigend jährlich um 100 Mark bis zum Schlußjahr von 2900 Mark; Geschäftsführer Anfangsgehalt 2000 Mark, steigend bis zu 2500 Mark; Redakteur, Hauptkassierer, Sekretär, Gauleiter und die ersten Geschäftsführer der Zastellen, die über 2000 Mitglieder zählen, Anfangsgehalt 2000 Mark, jährlich steigend um 100 Mark bis zu 2700 Mark. Der Verbandsvorsitzende soll ein Anfangsgehalt von 2000 Mark erhalten, ebenfalls steigend um 100 Mark bis zu 3000 Mark. — Der Vorstand wird ermächtigt, eine weitere Kraft (Sekretär) für das Hauptbureau und für Gau- und Lokalverwaltungen anzustellen. — Entsprechend den Vorschlägen der Statutenberatungskommission wurde die Erhöhung des Beitrages um 10 Pf. beschlossen. Der Wochenbeitrag beträgt jetzt 60 Pf. pro Woche und sind davon 50 Pf. an die Verbandskasse abzuliefern; solche Zahlstellen, die von der Hauptkasse besoldete Angestellte haben, führen pro Mitglied und Woche 55 Pf. und die Schiffahrt den vollen Beitrag an die Hauptkasse ab. Das Verbandsvermögen muß mindestens 6 Mark (bisher 3 Mark) pro Mitglied betragen, andernfalls der Verbandsvorstand Ertragsbeiträge zu erheben hat. — Die Bestimmungen über den Ausschuss wurden neu geregelt und wird der Vorsitzende des Ausschusses nicht mehr auf der Generalversammlung, sondern von den Mitgliedern des Ausschusses gewählt. — Einmütig wurde die Einführung der **Umsatzsteuer** in Aussicht genommen. Die Höhe der Unterstützung richtet sich nach der Entfernung und beträgt 10-15 Mark. — Beim Streitreglement wurde die Wenderung beschlossen, daß größere Angriffsbewegungen mindestens 3 Monate vor Einreichung der Forderungen beim Vorstand angemeldet werden müssen. Das neue Statut tritt am 1. Juli in Kraft.

Der **Buchdrucker-Verband im Jahre 1911**. Ein bewegtes Jahr hat die finanziell beteiligte deutsche Gewerkschaft hinter sich, fiel doch in ihm die noch fünf Jahren fällige Tarifrevision, die diesmal sich etwas schwieriger gestaltete. Von außen erwichen der Tarifgemeinschaft in diesem Gewerbe manche Feinde. In Wort und Schrift wird sie von Vertretern der Arbeitgeberverbände befehdet und auch im eigenen Lager der Buchdruckerbeisitzer tauchen Strömungen auf, die dahin drängen wollen, daß bei künftigen Tarifrevisionen weitere Zugeständnisse an die Geheilen nicht mehr gemacht werden sollen. Der gegenwärtige Geheilenverband, als Organisation im Gewerbe einflußlos, bemüht sich vergeblich als Tarifkontrahent zugelassen zu werden; er legt dann seine organisatorische Ohnmacht in demagogische Bekämpfung des Verbandes und um nicht diesem dann auch in der Tarifgemeinschaft manche Schwermüdigkeit zu bereiten. Neben diesen schmerzhaften Einflüssen von außen war es die starke Einführung der Segmalmaschine und die Verwirklichung der Druckmaschine, die den Prinzipal den Veranlassung gaben, Änderungen des Tarifes einschneidender zu beantragen. Tagelang mußten die Geheilenvertreter unter dem Druck einer abnormen Feuerung aller Lebensbedürfnisse auf wesentliche Zugeständnisse in der Entlohnung dringen. Trotz dieser komplizierten Situation gelang es in fast vierzehntägigen Verhandlungen zu einer friedlichen Verständigung zu kommen. Nach dem Abschluß der Tarifrevision machte sich unter den Verbandsmitgliedern verächtlich eine Opposition bemerkbar, die in Berlin zu einem kurzen Aufruf in einigen Zeitungsdruckereien führte, weil die Maschinenleger einige Verschlechterungen ihrer Arbeitsbedingungen und der Tarifrevision mit in Kauf nehmen wollten. Doch auch dieser Streit wurde durch die Tarifinstanzen beigelegt.

Die Durchführung des Tarifs machte weiter tüchtige Fortschritte. Mitte des Jahres 1911 war der Tarif bei 7559 Firmen mit 64 031 Geheilen in 21587 Orten eingeführt. Wenn man berücksichtigt, daß im Jahre 1887 — dem Jahre nach dem großen Tarifkampf — der Tarif bei 1631 Firmen mit 18 340 Geheilen an 469 Orten eingeführt war, so erkennt man daran die starke Einbürgerung des Tarifgedankens im Buchdruckgewerbe.

Die Entwicklung des Verbandes war eine befriedigende. Die Mitgliederzahl stieg von 61 924 auf 64 793. Der Buchdruckerverband dürfte in ein Stadium gelangt sein, wo der Zutritt an Mitglieder nur noch von Ausgerenteten zu erwarten ist, da alle anderen Organisationsfähigen des Gewerbes sich ihm angeschlossen haben.

Der Vermögensbestand hat die 9 Millionen Mark nahezu erreicht. Doch ist zu beachten, daß der Verband aus dieser effektiv gewiß sehr hohen Summe große Verbindlichkeiten den Mitgliedern gegenüber einzulösen hat. Die Invalidenunterstützung stellt hohe Anforderungen an die Zentralkasse, die Zahl der unterstützungsberechtigten Invaliden beträgt annähernd 900 und die letzte Generalversammlung beschloß, für diesen Unterstützungszweig allein 5 Millionen zu reservieren. Die Zahl der Invaliden steigt von Jahr zu Jahr, und 334 518 Mark mußte an sie jährlich an Unterstützung gezahlt werden. Die größte Anzahl der Invaliden, nämlich 156, befand sich im Alter über 70 Jahre, 123 waren 65-70 Jahre alt, 112 zählten 60-65 Jahre, 108 befanden sich im Alter von 55-60 Jahre und 50 abwärts bis zu 22 Invaliden, die bis zu 30 Jahre zählten. Die Verbandskasse nahm an Beiträgen 3 368 738 Mark ein, an Zinsen aus angelegtem Kapital allein 309 016 Mark. Verlangt wurden neben der hohen Summe für Invalidenunterstützung, 977 420 Mark an Krankenunterstützung und 920 612 Mark für Arbeitslosenunterstützung. Die Einnahmen beziffern sich auf 3 704 633 Mark, die Ausgaben auf 2 913 526 Mark, jedoch die Vermögenszunahme 791 067 Mark betrug.

Aus dem Lande.

Dangastermoor, 13. Juni.

Der sog. **Wahlverein** für Dangastermoor und Umgebung hält am Sonnabend den 15. Juni, in Krahe's Lokal seine Monatsversammlung ab. Auf der Tagesordnung stehen „Anträge zur Landeskonferenz, Wahl eines Delegierten, Kommunales und Verschiedenes“. Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ist zu erwarten.

Varrel, 13. Juni.

Parteiverammlung. Am Sonnabend findet im „Sol von Oldenburg“ eine Parteiverammlung statt. Wegen

wichtiger Tagesordnung ist das Erscheinen aller Mitglieder erwünscht.

Verkaufung eines Fahrrades. Als am Montagabend ein junges Mädchen nach Erledigung ihres Einkaufs in einem Geschäft die Straße wieder betrat, bemerkte sie, daß ihr Fahrrad verschwunden, dafür aber ein nagelneues Fahrrad wieder hingestellt war. Da das Rad bis gestern abend aber noch nicht umgelaufen war, vermutet man, daß das neue Rad von einem Diebstahl herrührt.

Oldenburg, 13. Juni.

Im **Lesesaal der öffentlichen Bibliothek** stehen aus und werden vom 17. d. Mts. ab verliehen: Goethen, W.: Aus der Vorgeschichte der Pflanzenwelt. Leipzig 12. — Orbn, Victor: Kulturpflanzen und Haustiere in ihrem Uebergang aus Asien nach Griechenland und Italien sowie in das übrige Europa. 8. Auflage, neu herausgegeben von O. Schrader. Berlin 11. — Jahrbuch über die deutschen Kolonien. Herausgegeben von Karl Schneider. 5. Jahrgang. Essen 12. — Jahrbuch für den internationalen Rechtsverkehr 1912-1913. Herausgegeben von Ludwig Wertheimer. München 12. (Für die Handbibliothek. Bandnummer 296, 5). — Jahrbuch des Deutschen Werkbundes 1912: Die Durchgeitigung der deutschen Arbeit. Wege und Ziele in Zusammenhang von Industrie, Handwerk und Kunst. Jena 12. — Pellissier, Georges: Le réalisme du romantisme. Paris 12. — Das öffentliche Recht der Gegenwart. Bd. 17: Das Staatsrecht des russischen Reiches. Von Wladislaw Gribomski. Bd. 18: Das Staatsrecht des Großfürstentums Finnland. Von Rafael Erich. Tübingen 12. — Redlob, Robert: Die Staatstheorien der französischen Nationalversammlung von 1789. Leipzig 12. — Schubert, Hans von: Staat und Kirche in den arabischen Königreichen und im Reichethiopia. (Historische Bibliothek Bd. 26). München 12. — Sped, Wilhelm: Zwei Seelen. Erzählung 11.

Osternburg, 13. Juni.

Ortsausführung. Die dieser Lage bei Trobns abgehaltene Ortsausführung beschäftigte sich mit: 1. Rotmeisterwahl. Da der Rotmeister die Wahl abgelehnt hat, wurde an seine Stelle Herr Buchdruckermeister Thoms gewählt. 2. Die Abtretung einer Fläche aus der Wegemasse an die Eisenbahn ist ordnungsgemäß in zwei Anlagen beschlossen und soll der Beigeordnete Mohr die Ausführung bewirken. 3. Die Rotmeister sollen fortan eine Vergütung von 40 Mark pro Jahr erhalten, doch sollen dieselben auch die Befestigung der Wärdten wegen der Unfallgefahr mit übernehmen. 4. Die Sandstraße soll an einer Seite mit einem Ainfuhrsteig versehen werden und zwar von der Schul- bis zur Kirchhofstraße. Da die Steine aber nicht vor September geliefert werden können, soll die Arbeit gewartet werden. Eine kleine Straße der Hermannstraße und zwar die schlechteste, soll bald umgelegt und der andere Teil im nächsten Jahr vorgenommen werden. 5. Die Vorberatung über die Beleuchtung des Herrenweges ist der Goskommission überwiesen, ebenfalls ein Gesuch der Anwohner der Kompfstraße. 6. Die Annullation der Landwehr ist der Strohkommission zur Ausführung überwiesen. 7. Vom Magistrat Oldenburg wurde ersucht, diejenigen Straßen, die mit elektrischer Leitung versehen werden sollten, vorzuschlagen. Da dem Ortsausführ die Ausdehnung nicht weit genug erscheint, wurde die Beleuchtungskommission beauftragt, erst mit dem Magistrat zu verhandeln. 8. Ob die Gaspreise für gewerbliche Zwecke für den billigen Preis von 11 Pf. pro Kubimeter herabgegeben werden kann, hat die Goskommission zu prüfen und der nächsten Sitzung vorzutragen. 9. Um eine Unterlage für die Reinigung der Bremer Straße zu erhalten, ist angefragt, wie hoch sich der Preis bei zweimaligem Fegen stellt und wurde vom Unternehmer Freitag auf 600 Mark pro Jahr angegeben. Die Strafkommision wird nun beauftragt, auszumessen und zu rechnen, wieviel Kosten für die einzelnen Hausanleger entstehen und eine Umfrage halten, ob dieselben bereit sind, diesen Betrag zu zahlen, es würde dann endlich mal die Reinigung der Hauptstraße Oldenburg eine bessere sein, wie bisher. 10. Das Spritzenkommando wünscht einige Veränderungen in dem Rohrwerkzeugen. Der Ortsausführ stimmt den Vorschlägen zu. 11. Sandlagerplatz. Der Unternehmer Freitag stellt den Antrag, daß der Ort, nachdem die Brücke zum Torplatz in einem mit Koffsteinpflaster versehenen Belag ordnungsgemäß hergestellt würde, und die Kosten dazu zu 1/2 der Ort, den Rest er (Freitag) tragen würde, nach vier Jahren übernehmen möchte. Der Ortsausführ kann sich dem nicht anschließen, er ist bereit, erst bis zu 1000 Mark zu der Instandsetzung zu bezahlen, will aber die Brücke, die dem Staat gehört, nicht übernehmen, da der Unterbau nicht ganz einwandfrei sei. Eine bald einzuübende Ortsausführung soll sich mit der Sache noch einmal befassen, auch soll dem Unternehmer Freitag anheim gegeben werden, günstigere Bedingungen zu stellen.

Olmsted, 13. Juni.

Der Volksverein Olmsted hält am Sonntag den 16. d. Mts. seine Mitgliederversammlung bei Rönnpagel ab. Die Verammlung beginnt um 6 Uhr nachmittags. Zahlreiches Erscheinen ist nötig.

Delmenhorst, 13. Juni.

Ein Schüler-Spiel- und Sportfest veranstaltet der Delmenhorster Turnbund am Sonntag den 16. Juni im Delmenhorster Schützenhofe. An den Spielen werden sich etwa 1000 Schüler beteiligen; am Sonntagmorgen findet ein Wettkampfturn der Schüler und Schülerinnen, nachmittags von 2 Uhr ab Gartenkonzert und Spiele statt. Um 4 Uhr nachmittags beginnt zugleich der Fußball. Windstark 10 Pf., sowie Karten zur Teilnahme am Ball sind an der Kasse zu haben.

Die Familien-Artenkasse für das nördliche Stadtgebiet hält am Sonntag den 16. Juni im Sommergarten des Wits S. v. Bienen ein Sommerfest, bestehend in Konzert, Kinderbelustigung und Ball ab. Ein Karussell

und verschiedene Verkaufsstuden haben Aufstellung auf dem Festplatze gefunden.

Nordenham, 13. Juni

Wagung, Partei- und Gewerkschaftsmittglieder! Zur Beteiligung am Gewerkschaftsfest in Bremerhaven am Sonntag den 16. Juni wollen sich die Mitglieder um 1 Uhr in der Röhrens Lokal versammeln. Die Abfahrt erfolgt 1,20 Uhr. Die Nordenhamer Arbeiterschaft wollte sich zahlreich daran beteiligen.

Kemels, 13. Juni.

Weinase verunglückt. Trotz vorheriger Warnung hatten am Freitag nachmittag die beim Adeligen in Reudorf beschäftigten 10 Mann die Arbeit während eines aufziehenden Gewitters nicht unterbrochen. Da war nicht weit von den Leuten entfernt ein Blitz in den Dacht gefahren und sieben Mann fielen sofort betäubt zu Boden, während die anderen drei Mann zwar auf den Beinen geblieben waren, aber das Kabel nicht losgelöst aus den Händen los werden konnten. Bei dem elektrischen Schlage wurden die Funken aus dem Transformator heroor. Glücklicherweise haben alle Männer, auch die sieben Betäubten, sich alsbald wieder erholt und keiner von ihnen dürfte einen dauernden Schaden an seiner Gesundheit erlitten haben.

Südweyhe, 13. Juni.

Vom Blitz erschlagen. Die Wagg des Wärdmeisters Rastendiel wurde, als sie Sonntag abend vom Meisen aus dem Südweyher Bruch kam, vom Blitze getroffen. Der Blitz schlug in das Jild, das die Wärdmeier trägt und zertrüß es in zwei Teile, dann sprang er auf den Kopf des Wärdmeiers über und ließ den Körper hinab. Die Kleider wurden zerissen und ein Schuß wurde vom Fuße geschleudert. Am Halse ließ der Blitz starke Brandwunden und rote Zirkadlinien zurück. Das Mädchen hatte noch so viel Kraft, daß es zum nächsten Hause taumeln konnte, dort brach es bewußtlos zusammen. Der Arzt stellte noch völlige Taubheit fest. Am andern Tage hatte sich das Geheir wieder etwas eingestellt. Wahrscheinlich ist völlige Genesung zu erwarten.

Kleine Mitteilungen aus dem Lande. In Jude kam es auf dem Schützenplatze zu einer Schlägerei, wobei der Rauscher 6-mehrere Wessertische erhielt, jedoch er sich in ärztliche Behandlung begeben mußte. — Seit Mittwoch, den 12. Juni, verkehrt zwischen Lohne und Dintlage ein neues Zugpaar in folgendem Fahrplan: Dintlage ab 10,15 nachm., Lohne an 10,35 nachm.; Lohne ab 10,46 nachm., Dintlage an 11,06 nachm. — Am Sonntag war ein Kind der Witwe Bartels am Rostocker Tief in Löhre zu dem Wasser gelüßt und in Gefahr zu ertrinken. Die 13jährige Schwester des Kindes sprang sofort ihrer jüngeren Schwester nach und brachte sie auf das Ufer, bevor andere Hülfe in Tätigkeit treten konnte. — In einer Gastwirtschaft in Gm den verlor sich am Sonntag ein Galt dadurch, daß er sich in ein auf einem Stuhl liegendes zerbrochenes Bierglas setzte. Die Scherben drangen in den rechten Oberarm und verursachten stark blutende Wunden, die von einem Arzt genäht werden mußten.

Aus aller Welt.

Der beschlagene Dampfer. Der Dampfer der russisch-ostasiatischen Gesellschafts „Lithuania“ wurde bei der Abfahrt aus Riga von den Behörden beschlaggenommen, weil der Kessel unter geringem Wasserdruck einen 17 Zoll breiten Riß erhielt. Da der Dampfer mit 800 Auswanderern an Bord trotz des Defekts seine Fahrt antreten wollte, wurde großes Unglück durch das Eingreifen der Behörden verhindert. Man sollte sich einen unerhörten Fall von gewissenloser Fahrlässigkeit nicht für möglich halten.

Jugendliche Einbrecher. Eine Bande jugendlicher Einbrecher und Diebe hat die Polizei in Solingen ermittel. Die jungen Wärdten, die zum Teil noch schulfähig sind, haben in den letzten Monaten in Solingen und seiner Umgebung zahlreiche Einbrüche und Diebstähle verübt, ferner Fahrräder und Handwagen, die auf der Straße standen, gestohlen und die Sachen verkauft. Dem Leiter einer Schule fiel es auf, daß einige Schüler häufig die Schule schwänzten und über größere Geldbeträge verfügten. Die Polizei forschte nach und übertraf die jungen Einbrecher auf frischer Tat. Es kommen meist Kinder ordentlicher Eltern in Frage.

Die Verzeihung einer Mutter. Eine schreckliche Szene spielte sich vorerlesen in Charlottenburg ab. Eine bisher noch unbekannt gebliebene, ungefähr 35 Jahre alte Frau, die ihrem Neffen nach dem Arbeiterstande zugehörig schien, sprang um 10 1/2 Uhr mit zwei Kindern, einem 4 Jahre alten Knaben und einem 6 Jahre alten Mädchen, von der Schlesierstraße in die Spree. Die Frau war längere Zeit vorher gesehen worden, wie sie planlos auf der Brücke auf und ab ging. Als sie glaubte, von niemand gesehen zu werden, stürzte sie sich mit den Kleinen in das Wasser. Auf das Hilferufen der Kinder wurden Vorübergehende aufmerksam und eilten zu der Stelle, von der das Bimmern ertönte. Man sah jetzt, wie zwei Kinder auf dem Wasser plätscherten. Es gelang den Leuten, diese bald zu retten, doch hatten beide bereits die Verwundung verloren. Wiederbelebungsversuche hatten bei dem Knaben Erfolg, während bei dem Mädchen von einem Arzte, den man herbeigerufen hatte, nur der Tod festgestellt werden konnte. Die Leiche des Mädchens wurde nach dem Schauhaufe in Charlottenburg, der Knabe nach dem Krankenhaus Westend gebracht. Hier liegt er sehr bedenklich darnieder.

Nordanschlag eines Priesters. In der apostolischen Stadt Lecce wurde von einem Priester ein Messerattentat auf den Bischof von Lecce verübt. Ein junger Priester suchte bei dem Bischof Monsignore Trama um eine Audienz nach. Als er vor dem Bischof stand, zog er plötzlich ein Dolch aus der Kutane, stürzte sich auf den Bischof und verletzete ihn zu erstehen. Monsignore Trama setzte sich jedoch kräftig zur Wehr, bis einige Bediente, die den Lärm des Handgemenges hörten, zur Hilfe herbeieilten. Diesen gelang es, den Priester zu entwaffnen und zu fesseln. Bei seiner Vernehmung auf der Polizei gab er als Grund des Nordanschlages an, er habe sich dafür rächen wollen, daß der Bischof ihm die Befugnis, die Messe zu lesen, wegen verschiedener Unregelmäßigkeiten entzogen habe.

